

# ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Vor 49 Jahren wurde die DDR gegründet

## Die Gretchenfrage

Wie hältst Du's mit der DDR? Das ist für Linke in Deutschland - und allemal im Osten - eine Frage, an der sich die Geister scheiden.

Die einen denken klassenmäßig. Sie legen an die DDR dieselbe Elle an, mit der Marx die Pariser Commune gemessen hat: Bejahung des heroischen Wollens und Handelns der „Himmelsstürmer“ ohne Verzicht auf prinzipielle Kritik. Sie betrachten die DDR nicht nur als das weltweit anerkannte Deutschland des Antifaschismus und des Friedens, das den Imperialismus der BRD gesellschaftlich herausforderte und ihm soziale Fußfesseln anlegte, sondern vor allem auch als den Staat der Arbeiter und Bauern, der dem Kapital in einem Drittel Deutschlands für vier Jahrzehnte Macht und Eigentum entzog. Noch wichtiger als das: Der mit dem planmäßigen Aufbau einer ausbeutungsfreien sozialistischen Gesellschaft begann.

Die Gretchenfrage nach der DDR positiv zu beantworten, heißt, sich an Erprobtes und Bewährtes zu erinnern. An unter harten Kämpfen und großen Opfern Geschaffenes. Wer auch in stürmischen und schweren Zeiten standhaft bleibt, hält sich an Brechts Maxime:

Und was immer ich auch noch lerne,  
Das bleibt das Einmaleins:  
Nichts habe ich jemals gemeinsam  
Mit der Sache des Klassenfeinds.

Das gilt in jedem Falle - für Sieger und Besiegte. Ob im Mantel der Macht oder im Staub des Sturzes.

Die anderen haben ideologisch die Seiten gewechselt, soweit es dieses Wechsels überhaupt noch bedurfte. Sie sind von Marx, Engels und Lenin, von der wissenschaftlichen Weltanschauung, vom Klassenkampf, von der Orientierung auf die Arbeiterklasse und von dem Gedanken, daß ein Ausbruch aus der Ausbeuterordnung nur auf revolutionärem Wege möglich ist, programmatisch abgerückt. Ihnen ist Tolerieren und Koalieren wichtiger. Ihr Maßstab für alles ist die SPD, die

Wir müssen lernen, die  
Vergangenheit wieder als  
Triebkraft zu gebrauchen.

Johannes R. Becher

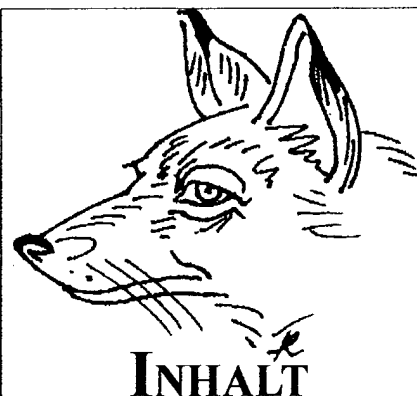
sich selbst „links von der CDU“ wähnt. „Links von der SPD“ nennen sie das. Um ihren neuen Nachbarn zu gefallen, tun sie Abbitte dafür, daß es die DDR überhaupt gegeben hat. Reumütig beklagen sie, den realen Sozialismus, der gar keiner gewesen sei, sondern nur eine „Kette von Irrtümern und Fehlleistungen“, nicht schon früher durchschaut und abgelehnt zu haben. Bedauernd verweisen sie darauf, daß es am 17. Juni und vor dem 13. August mit der „Wende“ noch nicht geklappt hat. Sie fühlen sich gleichsam als „Täter und Opfer in einer Person“. Die DDR sei verdienstermaßen zugrundegegangen, verkünden ihre Herolde. Und sie entschuldigen sich beim gnadenlos auf jede Schwäche lauenden Klassenfeind für ihr Zerrbild vom Sozialismus und für Entwicklungen oder Vorgänge, die nicht „im Dialog“ mit der Bourgeoisie, sondern nur innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung ausdiskutiert und geklärt werden können.

Wie hältst Du's mit der DDR?

Wir geben darauf keine schematischen, scherenschnitthaften und geschönten Antworten. Wir glorifizieren, vergolden und verklären nichts, verschleiern keine Defizite. Doch wir sind wie der russische Kommunist in Majakowskis Poem vom Sowjetpaß stolz darauf, Bürger der DDR gewesen zu sein. Des besten Deutschland, das es bisher gab.

Zum 49. Jahrestag unseres Staates - in dem von Daimler und der Deutschen Bank werden wir mit Sicherheit niemals ankommen - nennen wir die Dinge beim Namen: Die DDR war die größte Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung!

Klaus Steiniger



<b>Zum 49. Jahrestag der Gründung der DDR</b>	S. 1
<b>Deutsch und stolz?</b>	S. 2
<b>„Rot“? „Grün“?</b>	S. 3
<b>Eine Frage des Jahrgangs * Arbeitslosigkeit und Statistik</b>	S. 4
<b>Deutschlands größtes Dorf</b>	S. 4
<b>Gespräch mit Erna Gräf * Genossin und Zeitzeugin</b>	S. 5
<b>Vorgestellt: ISOR</b>	S. 5
<b>Erich Gaida freigesprochen!</b>	S. 6
<b>Kundschafter des Friedens fordern Recht</b>	S. 6
<b>Die Millionen des Herrn Frey</b>	S. 7
<b>„Eliten“ an der Gurgel</b>	S. 7
<b>Chefsache Mord</b>	S. 8
<b>Rußland - Fiasko der Reformer</b>	S. 9
<b>Linksruck in Moskau?</b>	S. 10
<b>Bei tschechischen Klassenbrüdern</b>	S. 10
<b>Bleibt China sozialistisch?</b>	S. 11
<b>Reporterskizzen (5) * Enttarnung in Afrika</b>	S. 12
<b>Eine Lanze für die Kultur</b>	S. 13
<b>Am Rande bemerkt * Politik, Kunst und Kultur</b>	S. 14
<b>Leserbriefe</b>	S. 15
<b>Vom Wert der DDR * Leserumfrage</b>	S. 19
<b>Anzeigen &amp; Termine</b>	S. 20

# Deutsch und stolz?

*Anmut sparet nicht und Mühe  
Leidenschaft nicht noch Verstand  
Daß ein gutes Deutschland blühe  
Wie ein andres gutes Land*

War Bertolt Brecht „einfältig“ oder „überholt“, als er so seine Kinder-Hymne begann? „Einfältig“ und „überholt“ nannte es unlängst ein junger Linker, als ein älterer Linker sagte: „Ich bin stolz, Deutscher zu sein“.

Heinrich Heine also „einfältig“ und „überholt“, als ihm in der Emigration sein Deutschland „um den Schlaf“ brachte? Gab es keine Goethe, Schiller, Lessing, Marx, keine Thälmann, Pieck, Grotewohl, Ulbricht, also Menschen mit großen Stärken und - gemessen an ihren Beiträgen zur Geschichte - kleinen Schwächen? „Einfältig“ vielleicht Karl Liebknecht, weil er sich mitten im Weltkrieg auf dem Potsdamer Platz „im eigenen Land“ ortete, also in Deutschland - er und der „Feind Deutschlands“? Im Zuchthaus Bautzen bekannte Ernst Thälmann: „Ich bin Deutscher mit großen nationalen und internationalen Erfahrungen. Mein Volk, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk, und meine Nation, die ich mit großem Stolz verehere, ist die deutsche Nation, eine ritterliche und harte Nation. Ich bin Blut vom Blut und Fleisch vom Fleisch der deutschen Arbeiter.“ Thälmann weissagte einen „Freiheitskampf im neuen Völkerfrühling der deutschen Nation“. Kurt Tucholsky stellte fest: „Deutschland ist ein gespaltenes Land. Ein Teil von ihm sind wir ... Wir, die wir besser deutsch schreiben und sprechen als die Mehrzahl der nationalen Esel“.

In der Emigration gaben deutsche Antifaschisten in aller Welt Zeitungen mit dem Titel „Das Andere Deutschland“ heraus und wir kämpften, viele starben für „ein anderes Deutschland“. In der Sowjetunion gründeten deutsche Kommunisten mit Generalen, Offizieren und Soldaten ein „Nationalkomitee Freies Deutschland“. Es gab und gibt also das eine und das andere Deutschland. Warum sollten wir mit „deutsch“ und „Deutschland“ Berührungängste haben? „Freies Deutschland“, „deutsche Nation“, „revolutionäres Deutschland“, ein „anderes Deutschland“: Damit war gewiß nicht jenes „Deutschland über alles“ gemeint, das zu bekämpfen wir nicht aufhören. Es war ja wohl nicht dieses „Deutschland“, das Kommunisten vor Madrid verteidigten und dessen Ehre sie - wie viele andere humanistische, demokratische, patriotisch Denkende - in Zuchthäusern, Gefängnissen, Lagern, unterm Galgen und auf dem Schafott verkörpert haben - oder in Liebknechts „Häftlingskittel“ vor deutschen Richtern ...

Soll das alles nicht gewesen sein, nicht gesagt, nicht durchlitten?

Gewiß, Bismarcks Unrechtsstaat hieß „Deutsches Reich“. Der Weimarer Übergang vom Kaiser zu Hitler hieß „Deutsche Republik“. Hitlers Verbrecherstaat nannte sich „Großdeutschland“. Die Herren des Unrechtsstaates „Bundesrepublik Deutschland“ rühmen sich, seit sie die Deutsche Demokratische Republik anektiert haben, einer „gewachsenen Verantwortung in Europa und der Welt“. Und Neonazis gröhlen: „Wir sind stolz, Deutsche zu sein“.

Ihre Vorderen ließen zu Hitlers Zeiten - den Urtext verfälschend - singen: „Wir werden weiter marschieren, wenn alles in Scherben fällt, denn heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt!“ Was für ein Deutschland! Das muß wohl etwas damit zu tun haben, wem es gehört: Also mit Eigentum an Grund und Boden und seinen Schätzen, an Industrien, Banken, Meinungsfabriken, Parlamenten, Regierungen - also mit den Klassenbedingungen und -beziehungen ...

Gab es nicht immer den häßlichen Deutschen (wie es den häßlichen Amerikaner gab und gibt)? Sollen wir denen Deutschland überlassen? Das andere Deutschland, das es doch auch immer gab und gibt - selbst in Zeiten tiefster Schmach? Und das es auch heute gibt, wenn auch nicht als Staat? Solche, die Worte wie „Deutschland“ und „deutsch“ seit je mißbrauchen und entehren: Sollen sie „Deutschland“ sein und „typisch deutsch“? Sollen wir uns ihretwegen und wegen der Untaten, die sie im deutschen Namen begingen und begehen, von Deutschland distanzieren und (ich wiederhole es bewußt) ihnen

Deutschland überlassen?? Die Namen, die historische Größe, die humanistischen Beiträge zur Weltkultur?

Deutsche Geschichte ist doch nicht nur Kriegsgeschichte und nicht nur von jenen geschrieben! Gibt es etwa im deutschen Geschichtsbuch keine Ehrenseiten?

Deutsch sein - um nicht mißverstanden zu werden - heißt nicht, Nationalist sein. National und nationalistisch sind nicht miteinander identisch, sondern sich ausschließende Gegensätze. Brüder und von einander untrennbar sind echter Patriotismus und proletarischer Internationalismus: Eins ohne das andere geht nicht!

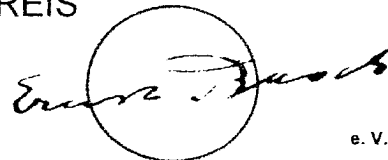
Kapitulieren wir doch nicht vor dem alten, üblen Fehl- und Verleumdungsurteil, wir seien „undeutsch“! Haben nicht schon mehrfach - zuerst 1914 - deutsche Sozialisten ihre Prinzipien aufgegeben, weil man sie „Vaterlandsverräter“ schimpfte?

Sonne und Mond haben wahrscheinlich ewigen Bestand. Unsere Erde aber ist akut gefährdet - durch den Menschen. Sie zu schützen und zu verteidigen hat nichts mit „Stolz“ und schon gar nichts mit „Einfalt“ zu tun. Wir sollten uns vor der Einfalt hüten, uns Deutschland ausreden zu lassen und damit den Rechten, den Menschenfeinden freie Bahn zu geben. Wir sollten unsere Welt vielmehr menschlich machen, friedlich, gerecht, bewohnbar - das heißt: sozialistisch. Und damit bei uns beginnen, in Deutschland. Einem Deutschland, wie Brecht es wollte:

*Und nicht über und nicht unter  
Andern Völkern wolln wir sein  
Von der See bis zu den Alpen,  
Von der Oder bis zum Rhein.*

Karl-Eduard von Schnitzler

## FREUNDESKREIS



e. V.



Freundeskreis Ernst Busch e. V.  
Prof. J. Elsner (Vorsitzender) Heinestr. 97, 16341 / epernick

Auf den 22. Januar fällt der 100. Geburtstag des großen deutschen Sängers und Schauspielers Ernst Busch, ins gleiche Jahr (8. Juni) sein 20. Todestag. Kongeniale Freundschaft und dauerhafte produktive Arbeitskontakte verbanden ihn mit Bertolt Brecht und Hanns Eisler, die 1998 anlässlich ihrer 100. Geburtstage geehrt wurden.

Ernst Busch kommt eine derartige Ehrung gleichermaßen zu. Deshalb bemüht sich der Freundeskreis Ernst Busch e. V., der es sich zur Aufgabe gemacht hat, Buschs Erbe zu wahren und lebendig zu erhalten, um ein Spektrum konkreter Vorhaben, das alle Facetten seines Lebens, seiner Kunst und damit seiner Ausstrahlung auf die Gesellschaft erfassen soll.

Der Freundeskreis Ernst Busch würde sich freuen, Gleichgesinnten als Partner in der Vorbereitung einer lebendigen Busch-Ehrung im Jahre 2000 zu begegnen. Wenn Sie uns unterstützen wollen, schreiben Sie an:

Freundeskreis Ernst Busch e. V.

Prof. Dr. Jürgen Elsner (Vorsitzender)

Heine-Str. 97, 16341 Zepernick oder rufen Sie an: 030/9 44 40 61

**Bonner Farb- und Schattenspiele**

**„ROT“? „GRÜN“?**

Was wird denn mit diesen Farben bezeichnet, die eine so große Rolle im Wahlkampf spielen? Sie kommen weder geschichtslos daher noch ist ihre Politik heute ohne Gesicht

**Am 27.9.: Weg mit Schwarz- Gelb!**

Diese SPD, mit diesem Kandidaten - aus dieser Kontinuität: Der 4. August 1914, das Ja zum imperialistischen Krieg. Der Januar 1919 - „Nieder mit Spartakus, tötet Luxemburg und Liebknecht!“ Zwei finsterste Beweise für die Verwandlung der deutschen Sozialdemokratie in einen „stinkenden Leichnam“. Von Sozialdemokraten befohlene Soldateska gegen die Arbeiter von Mansfeld und Leuna, gegen die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen, immer wieder bis 1923. Zörgiebls Blutmai 1929, Eggerstedts Altonaer Blutsonntag 1932 - rot ist an den SPD-Regierungen seit 1918 nur das von ihnen vergossene Arbeiterblut. Nach der Befreiung von 1945 Schuhmachers Beitrag zur Spaltung Deutschlands. Das Ja der SPD zur Wiederbewaffnung des deutschen Imperialismus. Die Westberliner Frontstadtspolitik von Reuter und Brandt, die Diversionsarbeit des „Ostbüros“ gegen die DDR. Das Ja zu den Notstandsgesetzen. Ja zur Aggression des USA-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk - auch von Brandt. Die konterrevolutionäre Einnischung der SPD in die Entwicklungen in Portugal und Spanien nach dem Ende des Faschismus, ebenso gegen die Befreiungsbewegungen Namibias und Südafrikas - der frühere Boss des „Ostbüros“ war nun bei der Friedrich-Ebert-Stiftung für diese Angelegenheiten zuständig. Verantwortet von SPD-Ministern, von Brandt und Schmidt als Kanzler ist die systematische Folterung politischer Gefangener in den BRD-Gefängnissen durch Totalisolation und physische Quälerei. Auf das gleiche Konto gehen die Toten in den Gefängnissen und bei Polizeieinsätzen auf den Straßen. Und nicht Kohl, Kanther und Seehofer pervertierten den Begriff „Reform“ zu einer Bezeichnung für Lohn- und Sozialraub, Abbau demokratischer Rechte und Polizeistaatsmaßnahmen. Sie radikalisierten nur, was Schmidt, Vogel und andere Politiker sozial-liberaler Koalitionen Mitte der 70iger begannen

**Wer SPD wählt, wählt Schäuble**

Nicht zu vergessen die Praxis der Berufsvorbote, die das SPD-regierte Hamburg unter Brandts Beifall initiierte. In dieser Kontinuität stehen Schröder und sein Clan. Aus dem ein gewisser Otto Schily hervorsteht. Einst als Verteidiger von Gefangenen aus der RAF selbst mit Grund- und Menschenrechts-

verletzungen konfrontiert, inzwischen aus der Vereinigung Berliner Strafverteidiger ausgeschlossen, tritt der Innenminister des SPD-„Schattenkabinetts“ mit einer repressiven und rassistischen Politik der „inneren Sicherheit“ auf, die von den CSU- und DVU-Positionen nur mit der Lupe unterscheidbar ist. Was sich die sozialdemokratischen Mitglieder und Wähler alles gefallen lassen! Und „grün“? Als Bewohner eines Stadtstaates, der seit Ende 97 von SPD und Grünen regiert wird, kann ich diese Farbe nur als Symbol verstehen für die freie Fahrt - ohne Tempolimit! - zur Bereicherung um jeden Preis, zur Aufgabe aller Prinzipien durch die Parteiführung. Was auf Bundesebene das Ja zu Kriegen der Bundeswehr im Ausland ist und der Verzicht auf den Kampf um die Wiederherstellung des Asylrechts - hier auf Landesebene geht's ins Detail: Da ist das Ja eines grünen Senators im Bundesrat zur Abschaffung von Sozialhilfe für Asylbewerber. Da ist das Konzept eines grünen Senators zur polizeistaatlichen Säuberung der Innenstadt von Menschen, die wegen Armut, Krankheit, ihrer Hautfarbe oder aus anderen Gründen nicht in die Glitzerwelt der Konsumtempel passen. Da demonstrieren zigtausende Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten gegen Kürzungen im Bildungsbereich, während die grüne Bürgermeisterin Sager Eliteschulen Fürsprache gibt. Und selbst im Natur- und Umweltschutz: gegen die scharfen Proteste der Naturschutzverbände erfolgt die Zustimmung der Grünen zur Zerstörung eines einzigartigen Süßwasserwatts an der Elbe für eine Airbus-Werft. Ein Teil ihrer Wähler paßt dabei gut zu dieser Partei - „alternative“ Mittelständler, die der Regenwald allenfalls deshalb interessiert, weil ihnen selbst die Luft knapp werden könnte, und die sich schmatzend und schlüpfend durch schicke Bars und Restaurants bewegen, dabei die angestammte ärmere Bevölkerung aus Vierteln wie Altona und St. Pauli vertreibend. In ihrer erst kurzen Geschichte bestätigt diese grüne Partei sehr präzise, was Lenin in „Staat und Revolution“ feststellte: wie sich bürgerliche Parteien nach Erlangung (eines Teils) der Macht ein Stück der Beute aneignen und sich im „Scharlotzter Staat“ einnisten.

In der DDR gab es weder diese Art der Sozialdemokratie noch Grüne oder andere Parteien mit solchen opportunistischen und sozialchauvinistischen Zielen. Das war gut so. Im We-

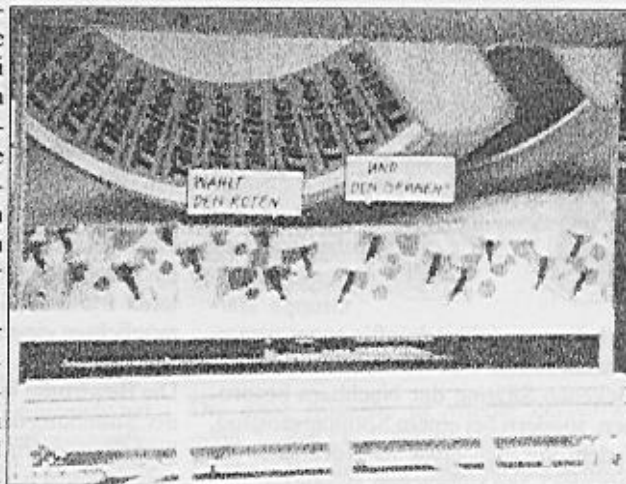
sten mußten und müssen wir seit vielen Jahren gegen sie kämpfen und haben ihre Tücke erfahren. Besonders die der Sozialdemokratie, die nach meiner Ansicht im Zug der Entspannungspolitik auch von der Staats- und Parteiführung der DDR unterschätzt wurde, wie das gemeinsame Papier von SED und SPD „Über den Streit der Ideologien“ erkennen ließ. Wir können daraus nur lernen. Auch aus der Wut, der teilweise über Jahrzehnte gewachsenen Wut von Genossinnen und Genossen auf diese SPD-Politik.

Schröder, Fischer und andere haben oft genug erklärt, nicht mit den Stimmen der PDS in die Regierung gewählt werden zu wollen. Aber - so hoffe ich von der Partei, die ich und wir wählen werden. Schröder und Co. sollten sehr klar wissen, daß sie für diese Politik eines modernisierten räuberischen deutschen Imperialismus ohnehin keine Stimme von der PDS bekommen dürften. Jede andere Entscheidung würde zum Gesichtsverlust der linken Opposition führen.

**Bei aller Kritik: PDS wählen!**

Eine wirklich andere Politik, eine Politik gegen das Deutschland und Europa der Banken und Monopole, für antifaschistische Demokratie, soziale Gerechtigkeit und anti-imperialistische Solidarität wird es nur durch den Druck „der Straße“ geben. Was die Grünen dorthin brachte, wo sie heute sind, war solch ein Druck, eine Basisbewegung gegen Atomanlagen und die Zerstörung der Umwelt. Was 1968 den Westteil dieses Landes in Bewegung versetzte und veränderte, war der Kampf auf der Straße gegen den verbrecherischen Krieg der US-Imperialisten in Vietnam und gegen die Notstandsgesetze. Daß wir heute dennoch mit den Schröders und Schilys und ihresgleichen konfrontiert sind, daß der Imperialismus nicht nur im Westen, sondern nun auch in der DDR schaltet und waltet, beweist nur, wie stark dieser Gegner noch ist und wie groß unser Druck werden muß.

Werner Hoppe, Hamburg



Wahlkampf-Käse? Reklame auf dem Bahnhof Basel



### Zum „Sinken“ der Arbeitslosigkeit

## Eine Frage des Jahrgangs

In den letzten Monaten ist die Arbeitslosigkeit - wahlkampfbedingt - vor allem durch „arbeitsmarktpolitische“ Manipulationen zurückgegangen. Plötzlich wurden nur für wenige Monate verfügbare ABM-Plätze für dieses und jenes erfunden, um die Statistik frisieren zu können. Die Chefs der Unternehmensverbände, die Regierenden in Bonn bezeichnen das, wie Herr Waigel, als „Ergebnis des konjunkturellen Aufschwungs“. Sie reden sogar von einer „Trendwende“.

Das ist alles Quatsch. Das sind nichts als dumme Lügen. Zu dem erwähnten Jonglieren mit ABM-Plätzen kommt nämlich eine weitere Erklärung, die man verschweigt. Die Sache ist sehr einfach. In diesem Jahr können Frauen, die 60 Jahre alt geworden sind, in Rente gehen, und es handelt sich um einen außergewöhnlich starken Jahrgang! Daher sinkt die Arbeitslosigkeit! Nachdem die Nazis die Rüstung angekurbelt, die Allgemeine Wehrpflicht eingeführt, Arbeitsdienst und Pflichtjahr für Mädchen die Arbeitslosigkeit fast völlig

beseitigt hatten, bekamen die Leute so ab 1936 auch wieder Mut, Kinder in die Welt zu setzen. Die älteren Jahrgänge sind wesentlich schwächer, während der Zeit der großen Arbeitslosigkeit von 1929 bis 1932 mochte man nicht so gerne Kinder haben. Die Stärke der Jahrgänge 1915 bis 1928 beträgt nur etwa zwei Drittel der 37/38er - der Krieg und seine Folgen hatten viele Männer ermordet. Lediglich die Jahrgänge 1958 bis 1968 sind stärker als die 37/38er - es waren die Kinder aus der Zeit des „Wirtschaftswunders“.

Das Verschweigen der Altersstruktur, wie es jetzt betrieben wird, paßt genau ins Bild des Lügens und Betrügens, das in diesem Staat an der Tagesordnung ist. Frau Engelen-Kefer vom DGB erklärte, von einem konjunkturellen Durchbruch könne nicht gesprochen werden. Die Altersstruktur, den Abgang der Arbeitslosen zu den Rentnern, erwähnt sie allerdings, glaubt man dem „Tagesspiegel“, auch nicht.

**Walter Florath**

### Berlins Naherholungsgebiete in Gefahr

## Deutschlands größtes Dorf

Berlin, das ist nicht nur die Großstadt mit den Wohnhäusern, den Industriegebieten, den historischen Gebäuden und den neuen protzigen Bauten - Berlin ist auch das größte Dorf in Deutschland.

20.000 ha Land werden von 18 großen Agrarbetrieben - ehemals Volkseigene Güter - in und um Berlin bewirtschaftet. Eigentümerin ist nach der Konterrevolution die Stadt Berlin.

Früher zählte man 4.000 Landarbeiterinnen und Landarbeiter - 3.650 von ihnen wurden entlassen. Viele hatten 20 Jahre und mehr auf den Volkseigenen Gütern gearbeitet. Die verbliebenen 350 Landarbeiter blicken mit Sorge in die Zukunft, denn nach der Devise „markt- und zukunftsorientierte Reformen“ seien notwendig, wird über Verpachtung oder Verkauf der Güter nachgedacht.

Wenn Herr Dieppen auch beteuert, „daß man melkende Kühe nicht schlachten“ solle, ist angesichts der akuten Finanzkrise, in der sich der Berliner Senat befindet, die Gefahr des Verscherbels der Güter nicht gering. Dann würden an vielen beliebten Erholungsplätzen plötzlich Schilder mit der Aufschrift „Privatbesitz - Betreten verboten“ auftauchen.

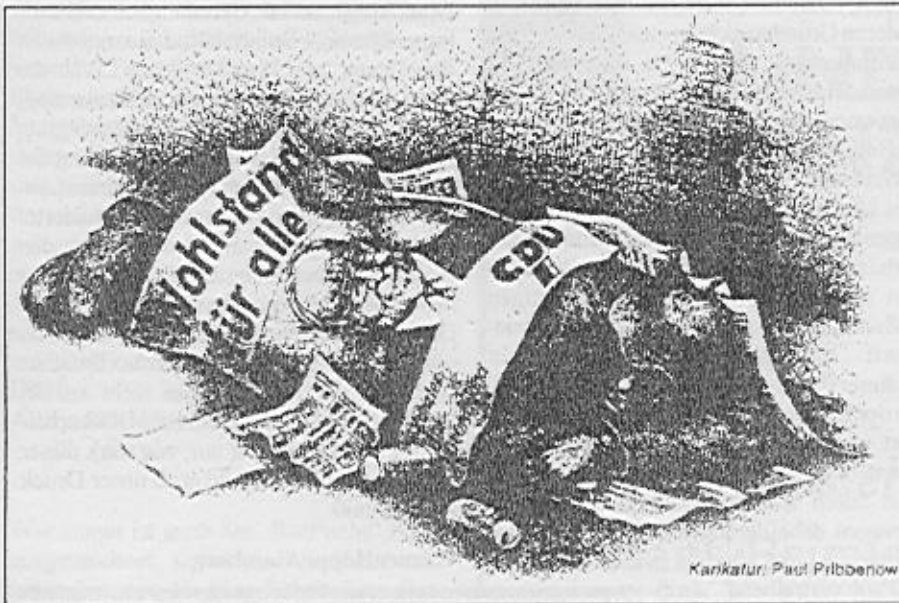
Wenn auch Milch das Hauptprodukt der Güter ist - ihre Flächen dienen vornehmlich der Naherholung. Denn Rieselfelder sind seit dem Bau von Kläranlagen Geschichte. Die städtischen Güter können auf 125 Jahre ihres Bestehens zurückblicken. Rudolf Virchow machte einst den Vorschlag, die Abwässer der sprunghaft gewachsenen Metropole auf Rieselfelder zu leiten. Im Jahre 1873 beschloß daraufhin die Berliner Stadtverordnetenversammlung den Ankauf landwirtschaftlicher Flächen.

Die Ostberliner Stadtgüter wurden nach der Gründung der DDR schrittweise in volkseigene Betriebe umgewandelt. Den größten Teil der Domänen im Westen der Stadt verkaufte oder verpachtete der Senat. Jetzt soll der Osten nachziehen. Das zu verhindern, kann nicht nur die Sache der 350 Landarbeiter sein.

**Hans Kopistecki**

### Berichtigung

In Nr. 7 hatten wir versehentlich eine falsche Adresse für Solidaritätspost an den in Haft befindlichen Genossen Klaus-Dieter Baumgarten angegeben. Die richtige Anschrift lautet:  
JVA Döppel II, Söht-Str. 7, 12203 Berlin



Karikatur: Paul Pribbenow

## Besuch bei Nachbarn



Die Berliner DKP-Gruppe Nordost und die Brandenburger DKP-Gruppe Barnim haben vereinbart, künftig enger zusammenzuarbeiten. Das wurde nicht auf einer trockenen Sitzung der Nachbarn besprochen, sondern bei einem Sonntagsausflug, zu dem kürzlich etwa 20 Nordostler ins Bernauer Land aufbrachen, wo sie von den ansässigen Genossen erwartet und freund-

schaftlich empfangen wurden. Ein Anwesen mit Gaststätte und Reiterhof in Helenenau bot den Rahmen für Gastlichkeit und Gespräche. Waldspaziergänge und ein gemeinsames Essen im reizvoll gestalteten früheren Schafstall des Hauses ermöglichten einen Gedankenaustausch mit vielen Facetten.

Die Bewirtung war gut, was man auch von der Stimmung der Teilnehmer sagen kann. Den Barnimern Dank für die erwiesene Gastfreundschaft.

**H.S.**

## In Ziegenhals dabeigewesen

## Gespräch mit der 95jährigen Genossin Herta Gräf

18. August 1998. Am 54. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns waren wir an seinem Monument im Prenzlauer Berg. Erinnerung und Mahnung zugleich. Mir ist dieses Denkmal besonders vertraut. 1986 haben wir es eingeweiht. Bis heute sind wir stolz darauf, daß die antifaschistisch-sozialistische DDR diese Gedenkstätte für Thälmann schuf und auch dem sie umschließenden Park seinen Namen gab. Wenn wir uns jetzt zu Anlässen dort treffen, schwingt die Empörung gegen jene mit, die längst drauf und dran sind, das Monument zu schleifen und den Park umzubenennen.

Bei der kleinen Kundgebung, die an diesem 18. August stattfand, wurde ein ganz besonderer Ehrengast begrüßt: Herta Gräf. Die 95jährige Genossin ist hellwach und quicklebendig. In sturm-erfüllter Zeit war sie mehrere Jahre in Hamburg und in Berlin im Sekretariat des Zentralkomitees der KPD als Stenotypistin tätig. Dort hatte sie Arbeitskontakt mit Ernst Thälmann.

Ich kam mit Herta Gräfs Gespräch, und sie lud mich in ihre nahegelegene Wohnung ein. „Manche Jahreszahl hab ich nicht mehr so genau im Kopf, schauen wir doch einmal gemeinsam nach“, schlug sie vor.

Wir unternahmen einen Blitzausflug in die Geschichte. Manches mir nur in Umrissen. Bekannte nahm dabei konkretere Gestalt an. Herta Gräf hat am 7. Februar 1933 als Stenotypistin an der illegalen Tagung des

ZK der KPD im Sporthaus Ziegenhals teilgenommen. „Schreibt aber bitte nicht über mich“, fordert die alte Kommunistin. „Sagt



Gen. Herta Gräf und Gen. Roland Ulbricht (l.)

etwas über 'Teddy', wie ich ihn erlebt habe. Über seine Haltung, seine Standpunkte und Ziele. Er war ein großartiger Mensch.“ Für Thälmann seien die Erfahrungen der eigenen Geschichte stets ein nicht zu unterschätzendes Mittel gewesen, um die Linie der Partei zu begründen und richtige Entscheidungen zu treffen, berichtet Genossin Herta. Zu seinen Grundsätzen habe die Erkenntnis gehört, daß die Partei nicht führen könne, ohne den zurückgelegten Weg mit Siegen und Niederlagen genau zu

überblicken und sich aus den Traditionen der Arbeiterbewegung, bei Marx, Engels und Lenin Rat zu holen.

Thälmann ging es darum, berichtet Herta Gräf, daß die Partei eine festgefügte, disziplinierte, einheitlich auftretende und geschlossen handelnde Organisation ist, denn oft gab es scharfe Auseinandersetzungen zwischen standfesten Genossen, die den Marxismus-Leninismus verteidigten, und Linkssektierern, rechten Opportunisten oder Versöhnern. Thälmann wandte sich dagegen, daß einzelne Genossen auf falschen Positionen beharrten, Irrwege gingen und dem Klassegegner Vorschub leisteten. Er habe demokratischen Zentralismus so verstanden, sagt Herta Gräf, daß alle Fragen in der Partei gründlich diskutiert werden müssen, damit die dann von der Zentrale gefaßten Beschlüsse auch diszipliniert umgesetzt werden können.

Thälmann ging es um Unmißverständlichkeit. Herta Gräf weiß noch genau, wie er sagte: „Wir werden die Diskussion nicht beenden, solange nicht vollständige Klarheit herrscht, auch wenn wir die Tagung wiederholen müssen.“

Die Begegnung mit Genossin Herta wärmte das Herz. Die Lektion in Geschichte ermutigte. Der treuen und in vielen Kämpfen bewährten Kommunistin-Vorbild für nachfolgende Generationen - gelten unsere innigsten Wünsche.

**Roland Ulbricht**

*Foto: Otto Hämmerle*

## Vorgestellt:

## ISOR

Die Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR (ISOR e.V.), deren Vorsitzender Polizei-Rat i.R. Horst Partonist, wurde am 6. Juni 1991 gegründet. Sie ist eine der mitgliederstärksten Organisationen, die sich dem Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden e.V. angeschlossen haben. In ihren Reihen zählt man gegenwärtig fast 26.000 Mitstreiter.

ISOR bezeichnet sich als in der Öffentlichkeit wirkender sozialpolitischer Verein von ehemaligen Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR und sieht den Hauptzweck ihres Wirkens darin, sich mit juristischen und politischen Mitteln für die Herstellung von Rentengerechtigkeit einzusetzen. Sie arbeitet mit der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Men-

schenswürde, aber auch anderen Vereinigungen zusammen, die ähnliche, sich überschneidende oder gleiche Interessen vertreten.

Die in Ostdeutschland und Ostberlin gebildeten Territorialen Initiativgruppen (TIG) beraten Bürger in Sprechstunden zu Fragen der Ansprüche und Anwartschaften aus Sonderversorgungssystemen, der Entgelt- und Überführungsbescheide, der unrechtmäßig eingezahlten Krankenkassenversicherungsbeiträge für 1991, der Erläuterung von Rentenbescheiden, der Formulierung von Widersprüchen und der Einreichung von Klagen zur Rentenproblematik. Die Organisation setzt sich damit für Menschen in schwierigen Lebenslagen ein und vertritt die sozialen Belange ihrer Mitglieder. Mit Entschiedenheit wendet sie sich insbesondere gegen

das Rentenstraft- und Versorgungsunrecht. Gegenwärtig liegen beim Bundesverfassungsgericht 51 Verfassungsbeschwerden und 20 Richtervorlagen zur Entscheidung an. In allen Fällen ist ISOR im Zusammenwirken mit anderen Verbänden juristisch tätig geworden. Im Rahmen einer großen Offensive gegen das Rentenstraftrecht haben sich über 3.400 ISOR-Mitglieder mit Protesten und Eingaben an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages gewandt.

In einer in hunderttausenden Exemplaren unlängst verbreiteten Wahlzeitung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden erklärte der ISOR-Vorsitzende, man erwarte vom neuen Bundestag, daß er im Sinne der Gleichbehandlung auf die restlose Beseitigung noch bestehender Rentendiskriminierungen hinwirke. Es gehe um die Einhaltung der politisch-moralischen Wertneutralität des Renten- und Sozialrechts, insbesondere um die völlige Aufhebung des Rentenstraftrechts für ehemalige Angehörige des MfS/AINS. **R.F.**



## „Kundschafter des Friedens fordern Recht“

### Resolution

*Ehemalige Mitarbeiter der Nachrichtendienste der Deutschen Demokratischen Republik in der (alten) Bundesrepublik Deutschland melden sich in der „Schlußgesetz-Debatte“ zu Wort:*

#### Wir fordern:

1. Einstellung der Strafverfolgung aller ehemaligen hauptamtlichen und Inoffiziellen Mitarbeiter der Auslands-Aufklärungsorgane des Ministeriums für Staatssicherheit und des Militärischen Nachrichtendienstes (Bereich Aufklärung) der Nationalen Volksarmee (NVA),
2. Freilassung aller in deutschen Gefängnissen inhaftierten ehemaligen Kundschafter der DDR -Auslandsnachrichtendienste,
3. Aufhebung der ergangenen Urteile und ihrer Rechtsfolgen und Entschädigung für Verfahrenskosten, Anwaltskosten, Einzug von Privatvermögen, Verdienstaustausch, Verlust von Rentenansprüchen und für erlittene Haftzeiten und Haftschäden.

Wir wollen juristische Wiedergutmachung.

Die gegen uns ergangenen Urteile sind rechtlich unhaltbar. Sie verletzen allgemeine Rechtsgrundsätze und Normen des internationalen Rechts. Dies festzustellen, werden wir notfalls auch internationale Instanzen anrufen. Wir erwarten vom Gesetzgeber, daß er die erforderlichen Korrekturen vornimmt. Es geht nicht um die Frage, ob unser früherer „Kampf an der unsichtbaren Front“ Tatbestände des Staatsschutzstrafrechts der (alten) BRD erfüllt hat oder nicht. Der entscheidende Gesichtspunkt ist, daß eine Strafverfolgung gegen uns aus rechtlichen Gründen nicht länger stattfinden darf, nachdem am 3. Oktober 1990 eine Fusion zwischen BRD und DDR erfolgt ist.

Das internationale Recht knüpft an die Fusion von BRD und DDR, zweier souveräner, völkerrechtlich anerkannter und voneinander unabhängiger Staaten, die Rechtsfolge, daß diese aufhören, als Subjekte des internationalen Rechts zu existieren, und daß ein neuer deutscher Staat auf den Territorien der fusionierenden Staaten BRD und DDR entstanden ist. Deshalb spricht der Zwei-plus-Vier-Vertrag auch vom „vereinigten Deutschland“ und nicht von der Bundesrepublik Deutschland. Eine juristisch korrekte Interpretation der deutschen Vereinigung führt zu der Schlußfolgerung, daß gemäß der Spezifik des Landesverratsrechts im Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander die strafrechtlich geschützten Güter entfallen sind.

Die gegen uns ergangenen Urteile verstößen außerdem gegen den international anerkannten und durch die Verfassung garantierten Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz.

Wir haben der Sache des Friedens und des Sozialismus gedient und fühlen uns mit allen Opfern des Kalten Krieges verbunden.

Dr. Hagen Blau, Dr. Gabriele Gast, Herbert Kloss, Dieter Popp, Klaus v. Raussendorff

## Aus dem Moabiter Gerichtssaal:

# Erich Gaida freigesprochen!

Man stelle sich die Ungeheuerlichkeit vor: Der heute 70jährige Erich Gaida, der 18 Monate wegen angeblicher Fluchtgefahr in Moabiter Untersuchungshaft gehalten worden war - er selbst sprach von Erzwingungshaft -, mußte am 24. August „aus tatsächlichen Gründen“ freigesprochen werden. Wohlbermerkt: Nicht aus Mangel an Beweisen, sondern aus tatsächlichen Gründen, was einer juristischen Rehabilitation gleichkommt.

Die gegen den ehemaligen Tschekisten-Oberst von der notorischen Sonder-Staatsanwaltschaft II wegen unterstellter „Veruntreuung sozialistischen Eigentums“ erhobene Anklage war nach fünfmonatiger Prozeßdauer wie ein Kartenhaus zusammengebrochen. Vergeblich hatte sich die aus Schwaben stammende Staatsanwältin bemüht, den „verschundenen Stasi-Millionen“ auf die Spur zu kommen. Nach Anhörung der durch die Anklage aufgebotenen Zeugen und unter Berücksichtigung der Aussagen Erich Gaidas im Hauptverfahren stellte die Kammer keinen Widerspruch und kein schuldhaftes Verhalten des Angeklagten fest.

Zynisch hatte das Gericht zur „Rechtfertigung“ der enorm langen U-Haft in der mündlichen Urteilsbegründung einfach behauptet, der Angeklagte wäre dazu imstande gewesen, die Dauer seiner Arretierung durch umfassende Aussagen selbst zu verkürzen. Hatte Gaida denn wirklich die Möglichkeit, seine Verteidigung seit Beginn der Ermittlungen entsprechend zu betreiben? In Wahrheit fand er bei den professionellen Antikommunisten der „Zentralen Erfassungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV), die nur an einem Schuldgeständnis interessiert waren, ja gar kein Gehör.

Ist da - so frage ich mich - nicht Rechtsbeugung im Spiel, wenn man einen Beschuldigten und späteren Angeklagten attackiert, nur weil er von seinem Schweigerecht Gebrauch macht? Und Gaidas Einlassungen, wäre er früher zu ihnen bereit gewesen,



hätten angesichts der Beweislage am Ausgang des Verfahrens ohnehin nichts geändert.

Das Plädoyer der Staatsanwältin entbehrte nicht des Grotesken. Nachdem sie sich eine Weile unter Verwendung des Konjunktivs in fragwürdigen Vermutungen und Unterstellungen ergangen hatte, ohne irgendwelche Beweise präsentieren zu können, setzte sie dem Faß die Krone auf: Sie beantragte 6 (!) Jahre Freiheitsentzug.

Das dann ergangene Urteil war für die Staatsanwaltschaft II ein herber Schlag. So bleibt abzuwarten, ob sie es wagen wird, die Entscheidung anzufechten.

Natürlich nahmen alle, die dem aus politischen Gründen verfolgten Antifaschisten stets Solidarität erwiesen hatten, den Freispruch mit Genugtuung auf. Sie gratulierten nicht nur Erich Gaida, sondern auch seinen beiden engagierten Strafverteidigern Prof. Dr. Erich Buchholz und RA Jürgen Strahl.

#### Kurt Andrä

Unser ständiger Mitarbeiter Genosse Rainer Rupp, der am 21. September 1998 sein 53. Lebensjahr vollendet und dem wir herzliche Glückwünsche in die JVA Saarbrücken senden, hat endlich gewisse Hafterleichterungen - zweimal monatlich achtestündigen Ausgang und einen 48stündigen Hafturlaub - erhalten. Ein Grund mehr, die Forderung nach Freilassung des Friedens-Kundschafters zu verstärken.

In Kürze erscheint ein Sonderheft der Zeitschrift „offensiv“, welches drei Biographien von Kundschaftern enthält, die über ihre Motive, ihr Handeln, ihre Verfolgung, ihre Situation nach der Haft sowie ihre Forderungen informieren. Das Sonderheft wird zu einem Solidaritätspreis von 5 DM angeboten. Ein Teil der Einnahmen geht an die Initiativegruppe „Kundschafter des Friedens fordern Recht“.

## Wer finanziert Deutschlands Rechtsradikale?

# Die Millionen des Herrn Frey

Mit dem finanziellen Hintergrund des Rechtsradikalismus in Deutschland beschäftigte sich kürzlich die freiberufliche Journalistin Franziska Hundseher („Panorama“ u.a.) auf einem Diskussionsabend im Centrum Judaicum. Dabei stützte sie sich auch auf eigene Recherchen.

Der Rechtsextremismus sei kein vorübergehendes Phänomen und keineswegs eine „typische Osterscheinung“, wie fälschlicherweise behauptet würde, sagte Frau Hundseher unter Hinweis auf den wiederholten Einzug der Republikaner in den baden-württembergischen Landtag. Im Osten fänden Neonazis unter enttäuschten „Anschlußgeschädigten“ Gefolgschaft, wie das Abschneiden der DVU in Sachsen-Anhalt gezeigt habe. Die Referentin stellte die Demagogie der Rechtsextremisten dar, die nach Hitlerschem Vorbild versuchten, ihre Propaganda immer mehr auf die soziale Frage zu verlagern („Gegen Bonzen und Kapital - für nationalen Sozialismus!“), um besonders die Arbeitslosen für sich einzunehmen. Als sehr gefährlich erweise sich die NPD, sagte Frau Hundseher. In Sachsen sei dieser Partei die Gründung von 19 Kreisverbänden und die Werbung von 700 neuen Mitgliedern gelungen.

In der Diskussion spielte der überraschende

und erschreckende Einbruch der DVU in Sachsen-Anhalt eine große Rolle. Hierzu wurde konkret argumentiert. Hinter der DVU steht nicht wenig Geld, das sich vor allem beim Parteivorsitzenden und Herausgeber der berüchtigten „Nationalzeitung“ sowie anderer Blätter (Gesamtauflage: 56.000), Gerhard Frey, konzentriert. Er, dessen Vermögen auf 50 Mio. DM geschätzt wird (Militariahandel, Reisebüro für Gleichgesinnte usw.), hat die Wahlkampagne in Sachsen-Anhalt faktisch aus eigener Tasche vorfinanziert. Über Wahlkampfkostenerstattung und Spenden wurde das vorgeschossene Geld dann im wesentlichen wieder hereingeholt.

Freys Beispiel steht für viele bundesdeutsche Unternehmer, die einen Jahresumsatz zwischen 20 und 80 Millionen DM erzielen und inzwischen auch Neonazis finanzieren. Ein gewisser Dr. Dreher (CDU), Besitzer der Freiburger Metallwerke, war z.B. Schirmherr und Ausrichter einer Veranstaltung mit David Erwing und anderen namhaften Leugnern des Massenmordes an den Juden Europas. Er wurde deshalb nicht etwa aus der CDU ausgeschlossen, ein gegen ihn eingeleitetes Ermittlungsverfahren rasch wieder eingestellt. Schließlich habe Dr. Dreher nicht wissen können, „daß Erwing seine 'Ausschwitzlüge' dort verbreiten würde“.

In Anlehnung an die vor 1933 unter Intellektuellen zirkulierte Nazizeitschrift „Die Tat“ trägt ein gewisser Dr. Zander seine „Staatsbriefe“ (1.000 Exemplare) regelmäßig an Vertreter der für eine „Machtergreifung“ wichtigen „Eliten“ heran. Der „Freundeskreis der Staatsbriefe“, finanziert von einem Spitzenmann der Papierbranche namens Hahne, wendet sich gezielt an Unternehmer und Intellektuelle. In solchen „Leserkreisen“ treffen Wirtschaftsführer ständig mit Vertretern rechtsextremer Parteien und deren Ideologen zusammen. Unter dem Dach der Bremer Zahnrad- und Getriebefabrik, einem führenden Unternehmen der Branche, kommt z.B. die NPD zusammen. Tandler, der Chef der Firma, zählt zu ihren Mäzenen. Ähnliches ist von der „Düsseldorfer Herrenrunde“ zu berichten, an der auch REP-Landesvorsitzende und NPD-Schatzmeister teilnehmen. Hier geht es darum, sich über politische Anliegen zu verständigen und „renommierte“ Redner wie Schönhuber, Protzner, Haider, Brunner und v. Tadden zu gewinnen. Nachdem vor knapp 70 Jahren ein brauner Weltkriegsgefreiter vor gerade diesem Gremium gesprochen hatte, war die NSDAP aller finanziellen Sorgen ledig. So besteht Grund, im Sinne Julius Fuciks wachsam zu sein.

**Hartwig Strohschein**

## Neues Sozialismus-Modell?

# „Eliten“ an der Gurgel

Manche Politiker werden durch Jahrestage zur Abgabe von Erklärungen angeregt. Unlängst hat Lothar Bisky zum 25. Jahrestag des faschistischen Putsches in Chile ein Papier veröffentlicht. Vielem kann man zustimmen, doch nicht allem.

Die Todfeinde des Chile der Unidad Popular nennt der PDS-Vorsitzende nicht beim wahren Namen, sondern in ausgewählter Liebenswürdigkeit „herrschende Eliten in der westlichen Welt“. Sie seien damals zu dem Ergebnis gelangt, der in Santiago eingeschlagene Weg eröffne „den linken Kräften... neue Chancen und eine neue Perspektive“. Chile habe demonstriert, „daß es auf demokratische Weise möglich war, auf lange Sicht einen Weg in Richtung auf Sozialismus, und zwar auf einen demokratischen Sozialismus, zu eröffnen“. Es habe bewiesen, „daß also - im Unterschied zu den sozialistischen Ländern Europas, Asiens und auch zu Kuba - der Weg über einen einmaligen gewaltsamen revolutionären Akt, über eine bewaffnete Aktion usw. nicht der einzige Weg hierzu war und sein mußte“.

Wie man nur in Geschichte so schlecht aufpassen konnte!

Wenn die blutige Tragödie in Chile eine entscheidende Lehre vermittelt hat, dann diese: Imperialistische „Eliten“, die sich auf die politisch nicht entmachteten und ökonomisch nicht enteigneten inneren Ausbeuterklassen stützen können, gehen jedem Versuch einer friedlichen Transformation in Richtung Sozialismus unweigerlich an die Gurgel. Das die Priorität des Klassenkampfes negierende Chrustschowsche Blech vom „parlamentarischen Weg“ hat in Chile und Portugal seine Untauglichkeit bewiesen. In beiden Fällen reichte der beeindruckende Massenkampf bei Weiterbestehen des alten Machtapparates nicht aus, Imperialismus und innerer Konterrevolution auf Dauer Paroli zu bieten.

In seiner Antrittsrede hatte Salvador Allende am 5. November 1970 erklärt: „Chile hat soeben, und dieser Weg ist ohne Beispiel in der Welt, einen außerordentlichen Beweis politischer Entwicklung geliefert, indem es möglich machte, daß eine antikapitalistische Bewegung aufgrund der freien Ausübung des Bürgerrechts die Macht antritt.“ Auch am 21. Mai 1971 sprach der Präsident vor dem mehrheitlich bürgerlichen Kongreß noch sehr optimistisch vom „zweiten Weg“ des Über-

gangs zum Sozialismus. Bei der CIA und anderen „Eliten“ schärfte man unterdessen bereits die Messer. Tausende auf USA-Kriegsschulen abgerichtete Offiziere der selbst von den Kommunisten als „politisch neutral“ bezeichneten chilenischen Armee und Polizei wurden an ihre „patriotische Pflicht“ erinnert. Am 11. September 1973 fiel Allende, begann der Amoklauf der Konterrevolution.

Aus der Niederlage in Paris zogen bereits Marx und Engels die einzig richtige Schlußfolgerung. In der Vorrede zur deutschen Ausgabe des Manifests schrieben sie 1872: „Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann.“ Lenin nannte diese Erkenntnis „Staat und Revolution“ die „Haupt- und Grundlehre der Pariser Kommune“. Wie man sieht, lenkt das bürgerliche Gerede von der „pluralistischen Demokratie“ und vom „freien Spiel der Kräfte“ nur vom Kern der Dinge ab: der Klassenfrage.

(Unter Verwendung eines Materials von **Rolf Vellay**)

## Auf den Spuren des CIA-Generals Vernon Walters

# Chefsache Mord

Zu der Truppe, die am 11. September 1973 in Chile die Moneda, den Präsidentenpalast stürmte, gehörte auch Hauptmann Roberto Garrido. Der Special-Forces-Offizier kannte die Strecke genau und drang geradenwegs in den „Salon Rojo“ vor, wo der bereits schwer verwundete Salvador Allende in einem Sessel saß. Nur seine Sekretarin Miriam Ruppert war noch bei ihm. Garrido streckte erst die Sekretärin nieder. Dann erschoss er mit einer Salve seiner MPi den Präsidenten und Oberbefehlshaber.

Der Hauptmann hatte seine Ausbildung an der berühmten „Escuela de los Assassinos“ der „Mörderschule“ in Fort Gulick (Panama-Kanalzone), wie die „US-Militärakademie Beider Amerikas“ in ganz Lateinamerika genannt wird, bezogen. Dort hielt auch General Vernon Walters, seit den 50er Jahren eine Schlüsselfigur der militärischen Aufklärung in der Defense Intelligence Agency (DIA) und seit 1972 stellvertretender CIA-Direktor, regelmäßig Vorlesungen. Walters hatte den „Centaurus“-Plan vorgelegt, nach dem der faschistische Putsch General Pinochets ablief. Dieser war eine Variante der durch die CIA unter maßgeblicher Federführung ebenfalls von Walters ausgearbeiteten „Spannungsstrategie“, die bereits 1967 mit dem „Putsch der Schwarzen Obristen“ und der Installation der Athener Militärjunta ihre Generalprobe erlebt hatte.

Aktionsfeld der „Spannungsstrategie“ war auch Italien, wo sie in den 70er Jahren bei Terroranschlägen Hunderte Tote und Tausende Verletzte forderte. 1978 wurde durch die Ermordung des christdemokratischen

Parteiführers Aldo Moro eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten verhindert. So war es nur allzu logisch, daß ich, als ich im Mai 1973 meine Arbeit als ADN- und ND-Korrespondent in Rom begann, bald auf die Spuren von Vernon Walters und der CIA stieß.

Als Aldo Moro 1963 die Aufnahme der Sozialisten in seine Regierung angekündigt hatte, war von US-Botschafter Frederick Reinhard sofort ein Krisenstab zusammengerufen worden. Walters, damals Militärattaché, vertrat den Standpunkt, „daß, wenn die PSI in die Regierung eintritt, die Vereinigten Staaten das Land ohne Zögern militärisch besetzen müssen“. Im Pentagon und in der CIA-Zentrale Langley folgte man der Linie von Walters und nahm Kurs auf einen Staatsstreich, den der neofaschistisch orientierte Befehlshaber des Carabinieri-Korps, General De Lorenzo, 1964 auslösen sollte, was jedoch durch antifaschistische Kräfte aufgedeckt und verhindert wurde. Im Rahmen dieser Operation begann übrigens der massive Aufbau der direkt von der CIA geführten geheimen Sondertruppe der NATO für ein Zurückbleiben hinter den feindlichen Linien (stay behind), die in Italien Gladio (Kurzschwert) hieß. Noch dreimal versuchten neofaschistische und rechtsextreme Kreise in enger Zusammenarbeit mit CIA und Pentagon einen Putsch nach Athener Vorbild und ab 1973 nach „chilenischem Muster“ zu inszenieren.

Von Präsident Reagan berufen, diente Agentenführer Walters von 1981 bis 1983 als Sonderbotschafter und war danach

Chefdelegierter der USA bei der UNO mit gleichzeitigem Kabinettsrang. In seinen Memoiren (deutscher Titel „In vertraulicher Mission“, Bechtle-Verlag 1990) verharmlost Walters seine Rolle durchgehend, gibt aber immerhin zu, daß er als Sonderbotschafter Regierungen aufforderte, „etwas zu tun oder zu unterlassen“, während er bei den Vereinten Nationen die Aufgabe hatte, „soviele Länder wie möglich dazu zu bringen, mit uns zu stimmen“, oder „einen Meinungsumschwung in den afrikanischen und arabischen Ländern herbeizuführen“. Über das Wie schweigt er sich aus.

Zwei Fakten sollen das Bild von General Walters, der seine Karriere als CIA-Mann im Anzug des Diplomaten beendete, abrunden. Die verbrecherische USA-Aggression gegen die Völker Indochinas (allein 2 Millionen Kriegstote in Vietnam), bei der er einige Zeit „Aufgaben vor Ort“ erfüllte, ist für ihn „einer der nobelsten und selbstlosesten Kriege, an denen die Vereinigten Staaten je teilgenommen haben“. Anfang 1990, als der „Verkauf“ der DDR durch die Gorbatschow-Clique an die BRD beschlossene Sache wurde, eilte Walters als Botschafter nach Bonn, um die entscheidenden Fäden, die dazu zwischen Washington und Moskau (und nicht in erster Linie zwischen Kohl und Gorbatschow) gezogen wurden, in der Hand zu halten.

Interessierte Leser können nähere Informationen zum Thema in meinem Buch „Von Mussolini bis Fini“, Elefant Press, Berlin 1996, finden.

Gerhard Feldbauer

## Übt Solidarität mit Vietnam

Grafik: Arno Fleischer





## Kommt der Kapitalismus in Rußland wieder auf die Beine?

# Fiasko der „Reformer“

Nachdem Boris Jelzin unter dem Beifall westlicher Regierungen und Politiker im Oktober 1993 den Obersten Sowjet hatte zusammenschießen lassen, um seine bonapartistische Diktatur zu errichten, untersuchte ich in den „Weißenseer Blättern“ (Heft 5/1993) „Möglichkeiten und Grenzen der Restauration des Kapitalismus in den ex-sozialistischen Ländern“, besonders in Rußland. Meine damalige Prognose zu den Perspektiven der Restaurationspolitik und das schlimmste der dort in Erwägung gezogenen denkbaren Szenarien haben sich leider bestätigt.

Vor fünf Jahren hatte ich festgestellt:

1. Die Restauration des Kapitalismus in Rußland sei unwahrscheinlich. Anstelle einer mehrwertproduzierenden Bourgeoisie bilde sich eine korrupte Kompradorenbourgeoisie heraus, die sich durch Finanzspekulationen bereichere und ihre Gewinne ins Ausland transferiere.

2. Anstelle einer parlamentarischen Demokratie westlicher Prägung entstehe eine bonapartistische Diktatur, die keine soziale Basis habe. Jelzin als Diktator sei jederzeit durch einen anderen austauschbar.

3. Rußland werde in noch tiefere Abhängigkeit von IWF, Weltbank und multinationalen Konzernen geraten, die seine nationalen Reichtümer erbarmungslos ausplündern würden, wobei sich das Auslandskapital auf einheimische bürgerliche Kräfte und Jelzin stützen könne. Dem russischen Volk stünde eine doppelte Ausbeutung durch in- und ausländische Spekulanten bevor. Ein großer Teil der Bevölkerung werde auf den Lebensstandard der Müll- und Rattenmenschen lateinamerikanischer und afrikanischer Wellblechstädte gedrückt, die Verelendung zur Massenerscheinung.

4. Die Kriminalität werde explodieren, an Umfang und Intensität zunehmen und außer Kontrolle geraten.

5. Separatistische Bewegungen wären möglich, Bürger- und Interventionskriege wahrscheinlich.

6. Günstigstes denkbare Szenarium wäre eine demokratische Volksrevolution, beruhend auf einem breiten Bündnis der Kommunisten mit allen demokratischen und nationalbewußten Kräften, in der die Werktätigen ihre politische Macht errichten würden. Das sei mittelfristig möglich, obwohl 1993 noch keine Anzeichen dafür erkennbar waren.

Die Umsetzung eines demokratischen Programms mit sozialistischer Orientierung bedeute 20 bis 50 Jahre harter, opferreicher Kämpfe mit internationalen Auswirkungen. Eine Intervention der NATO wäre mit Si-

cherheit zu erwarten, der Einsatz von Kernwaffen nicht auszuschließen.

Fünf Jahre später - nach dem völligen Fiasko der vom Westen gepriesenen und angetriebenen „Reformpolitik“, d.h. des Versuchs, die sozialistische Planwirtschaft in eine kapitalistische Profitgesellschaft umzuwandeln, scheint es nun auch bei bürgerlichen Journalisten und Wirtschaftsfachleuten langsam zu dämmern, daß eine Restauration des Kapitalismus wohl doch nicht möglich ist. So Georg Watzlawek im „Tagespiegel“ vom 31. August 1998, sieben Jahre nach dem Ende der Sowjetunion: „Die Industrie ist zusammengebrochen, Rohstoff-erlöse verschwinden in den Taschen einer korrupten Elite, Löhne und Rechnungen werden monatelang nicht bezahlt. Statt einer Marktökonomie hat eine fast geldlose Subsistenzwirtschaft Einzug gehalten ... Moskau mit seinen protzigen Ladepassagen und Bankpalästen ist ein gigantisches Potemkinsches Dorf.“

Sonja Margolina meint im gleichen Blatt am 2. September 1998, man müsse die „Hoffnung, daß dem Lande die Schaffung einer funktionierenden Marktwirtschaft gelingen und Wirtschaftswachstum die Lage stabilisieren könnte, ... vorerst aufgeben“. Natürlich sucht sie nach den Schuldigen. Neben der Behauptung, „diese Deformation“ sei „fast genetisch auf das Erbe der Sowjetgesellschaft zurückzuführen“ - womit sie soweit ja recht hätte, wenn sie Gorbatschows „Neues Denken“, seine „kühnen Initiativen“ und seine „geniale“ Wirtschaftspolitik in Betracht zöge -, kommt sie zu bemerkenswerten Erkenntnissen.

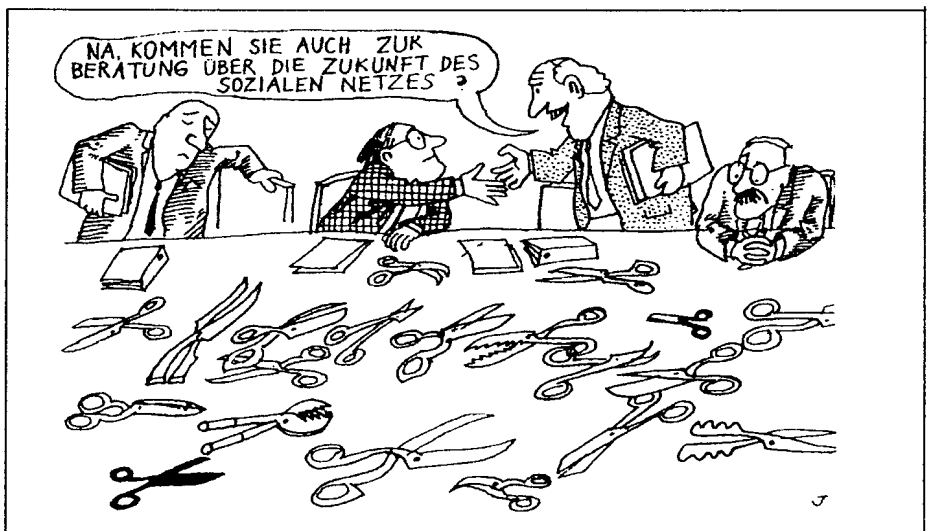
Die „unmittelbare Verantwortung“ für das Scheitern der Reformen (d.h. der Restauration des Kapitalismus) trage Präsident Jelzin, weil er über eine „fast“ uneingeschränkte Entscheidungsgewalt verfüge. „Fast“ ge-

nauso groß sei die Schuld der „kommunistisch geprägten Duma“, des Parlaments, das die für die Reformen notwendigen Gesetze systematisch blockiert habe.

Nachdem Frau Margolina den Kommunisten ihr Fett gegeben hat, sind nun die USA an der Reihe. Das Harvard-Institut für Internationale Entwicklung (HIID) habe mit seiner Aktivität in Moskau zur Wiederwahl Jelzins als Präsident beigetragen. Das Russische Zentrum für Privatisierung - einer Art Treuhänder -, dem aus dem Westen Hunderte Millionen Dollar zugeflossen seien, habe in enger personeller Verzahnung mit dem HIID gehandelt. Beide hätten amerikanische Steuergelder verwendet, um Rußlands Demokratie und die Wirtschaftsreformen zu deformieren und einer Oligarchie der „fetten Katzen“ zum Aufstieg zu verhelfen. In den Regionen der Russischen Föderation bestünden Autonomiebestrebungen und Abspaltungstendenzen zu „merkwürdigen halbfeudalen Fürstentümern“. Auch ein möglicher Rücktritt Jelzins werde den finanziellen und wirtschaftlichen Bankrott nicht verhindern können.

Die Autorin spricht von einer Millionenarmee aus bewaffneten Bodyguards, Erpresserbanden und Angehörigen des Innenministeriums, die das Land ausweide und deren Zahl die der regulären - und hungernden - Armeemitglieder bei weitem übertreffe. „Würden die Unternehmen, von denen sie leben, geschlossen, fänden sich diese Horden auf der Straße wieder“. Die düstere Prognose von 1993 hat sich leider bestätigt. Aber auch das Potential der Kräfte, die unter Führung der Kommunisten gegen den Kurs des Verderbens auf den Plan getreten sind, haben an Einfluß auf das Geschehen merklich zugenommen.

Ulrich Huar



*Mit heißer Nadel genäht*

## Linksruck in Moskau?

Nach Wochen einer sich von Tag zu Tag dramatisch zuspitzenden Krise - der irre Potentat im Kreml war am Ende seines Lateins, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialstrukturen brachen zusammen und der Krasnojarsker Gouverneur General Lebed drohte offen mit der Errichtung eines an Pinochet orientierten Regimes - ist in Moskau eine gewisse Beruhigung eingetreten. Wichtige Entscheidungen sind gefallen. Nicht der Bankrotteur Tschernomyrdin, sondern ein Politiker anderen Typs, der durch die Kommunisten vorgeschlagene bisherige Außenminister Jewgeni Primakow, wurde neuer Premier einer „Mitte-Links-Regierung“. Seiner Mannschaft gehören erstmals auch Kommunisten an. Die Ernennung des promovierten Ökonomen und langjährigen „Prawda“-Korrespondenten Primakow - er wurde von Gorbatschow in die Politik geholt und brachte es bis zum Politbüromitglied - ist Jelzin abgetrotzt worden. Dessen unabwendbare Demontage schreitet weiter voran. Der neue Premier hat in seinem bisherigen Amt Elastizität gegenüber dem Westen mit der Wahrung russischer Interessen zu verbinden gesucht.

Die Bildung der durch die Duma mit überwältigender Mehrheit formierten neuen Regierung, in der die „Radikalreformer“ Tschubais, Nemzow und Gaidar nicht mehr vertreten sind, ist wohl kaum nach dem Geschmack derer im Westen, die seit fünf Jahren alles unternommen haben, um Rußland auf dem Kurs der kapitalistischen Restauration zu halten. Dennoch wäre es eine Illusion, etwa anzunehmen, sie hätten nun keine Trumpfkarten mehr im Spiel.

Die neue Lage an der Moskwa widerspiegelt vor allem die Tatsache, daß die Kommunisten wieder zu einer nationalen Kraft ersten Ranges geworden sind. Während die einen erhoffen, daß sie sich - auf verlorenem Posten stehend - in der Regierungsverantwortung nach bekanntem Muster schnell abnutzen, setzen bedeutende Teile der Bevölkerung Erwartungen in die kommunistische Kabinettsbeteiligung. Selbst die schlimmsten Gegner müssen zugeben,

daß in dem Riesenreich ohne die KPRF - die bei weitem stärkste aller russischen Parteien - politisch nichts mehr läuft. Der Regierungswechsel in Moskau stellt eine Niederlage für den Antikommunismus dar und könnte den Einfluß der Kommunisten weiter erhöhen. Sie besitzen bereits die größte Duma-Fraktion, zu der noch ihre Bundesgenossen aus der Agrarpartei und der Gruppe um den einstigen Premier Nikolai Ryshkow kommen. Wichtige Provinzgouverneure stehen in ihren Reihen. Sie wurden in jenen „roten Zonen“ gewählt, in denen Jelzinsche Weisungen schon seit langem auf taube Ohren stoßen. Und der KPRF-Vorsitzende Gennadi Sjaganow - heute der nach Umfragen populärste Politiker Rußlands - hat schon 1996 bei den Präsidentschaftswahlen immerhin rund 30 Millionen Stimmen erhalten.

All das ist Grund für den Westen, die „rote Gefahr“ zu beschwören und der neuen Regierung mit finanzieller Strangulierung zu drohen, sollte sie es wagen, vom „bewährten Reformkurs“ abzuweichen. Auch Rußlands kriminelle und mafiose Lumpenbourgeoisie sieht ihre zusammengeraubten Reichtümer bedroht. Rußland ist heute das schwächste Kettenglied des Weltkapitalismus. Hier wirken zugleich starke Kräfte einer klassenkämpferischen linken Opposition, die die Wiederherstellung der Sowjetmacht programmatisch auf ihre Fahnen geschrieben hat. Solche Tatsachen dürfen uns jedoch nicht zu fälschen und voreiligen Schlußfolgerungen verleiten. In Moskau, dessen nun Regierende vor einem Trümmerhaufen stehen, geht es in dieser Etappe nicht um eine Rückkehr oder ein Voranschreiten zum Sozialismus. Das derzeitige Ziel kann nur heißen, dem Ausverkauf des Landes, der Verelendung des Volkes und dem Verrat an den nationalen Interessen sowie der Gefahr von Bürgerkrieg und Intervention entgegenzuwirken. Auch die mit Lebed verbundene Drohung muß abgewendet werden. Dafür sind die Voraussetzungen jetzt günstiger geworden.

S.R.

### Lest und verbreitet die UZ, die Wochenzeitung der DKP

Sie

- \* berichtet über Leben und Aktivitäten der Partei
- \* erweitert unser Wissen zu Kämpfen und Aktionen der Gewerkschaftsbewegung
- \* wirbt für gemeinsames Handeln linker Kräfte
- \* vermittelt Hintergrundwissen über die alten Bundesländer
- \* informiert über die Kolonialpolitik im Anschlußgebiet Ost
- \* bereichert Verstand und Gefühl mit Kultur und Kunst

Zu bestellen bei ComPress-Verlag, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen  
und bei jedem DKP-Mitglied

*Proletarischer  
Internationalismus lebt*

## Bei tschechischen Klassenbrüdern

Unter dem Thälmannschen Motto „Die wirkliche Einheitsfront der Arbeiter schaffen wir nur durch Initiative von unten“ findet jährlich am Fuße der Burg Kuneticka hora im tschechischen Kreis Jicin ein Traditionstreffen des Proletariats statt. An der siebenten Begegnung Anfang September beteiligten sich erneut Genossen der PDS Cottbus/AG Internationaler Tourismus und Mitglieder der DKP. Gastgeber war die KSCM (KP der tschechischen Republik). Das Treffen war ein außergewöhnlicher Erfolg. Hatte man im vergangenen Jahr etwa 7.000 Besucher gezählt, so fanden sich diesmal rund 10.000 Teilnehmer zu der Politveranstaltung und dem Volksfest ein. Auf Grund seit langem bestehender freundschaftlicher Kontakte zu den tschechischen Kampfgefährten hatten die Cottbuser PDS-Genossen auf deutscher Seite wieder die Organisation übernommen. Erstmals war die DKP mit einem eigenen Stand vertreten. Unser Material - UZ, „Roter Brandenburger“ und „RotFuchs“, Kopien einer Thälmann-Grafik, Handabzüge eines Karl-Liebnecht-Plakates und beeindruckende Kupferstiche des Luckenwalder Künstlers, unseres Genossen Karl Späth - wurden von vielen Besuchern freudig angenommen. Auch geschnitztes Holzspielzeug - der Beitrag eines Brandenburger DKP-Genossen - war ein Renner.

Bei der Kundgebung gab es einen Höhepunkt: Bruno Fiser und seine KSCM-Genossen aus Trutnov hatten die historisch wertvolle Traditionsfahne mitgebracht, die der KSC anlässlich des Internationalen Grenztreffens des Proletariats 1927 durch Ernst Thälmann überreicht worden war. Die Brandenburger DKP-Vorsitzende Brigitte Müller, Mitglied des PV, die auf die Tribüne gebeten und vorgestellt worden war, ging in einer kurzen emotionalen Rede auf die Geschichte dieser Fahne ein. Sie würdigte den heute gemeinsam geführten Kampf deutscher und tschechischer Sozialisten und Kommunisten gegen den kapitalistischen Feind.

Das Treffen von Kuneticka hora war eine überaus freundschaftliche Begegnung. Es machte Mut, diente der Stärkung des proletarischen Internationalismus und vereinte jene, die der kommunistischen Sache allen Widrigkeiten zum Trotz treu geblieben sind. Wir freuen uns schon auf die nächste Begegnung mit den tschechischen Genossen am 3. Oktober in Prag beim Pressefest ihrer Zeitung „Halo noviny“. Auch hier wird die DKP wieder vertreten sein. Diesmal durch Mitglieder aus Bayern und Mecklenburg-Vorpommern.

Rosemarie und Wolfgang Nicolas

*Prof. Dr. Eike Kopf exklusiv für RotFuchs*

## Bleibt China sozialistisch?

Diese Frage wurde mir gestellt, nachdem ich aus Beijing (Peking) zurückgekehrt war, wo ich seit September 1997 ein Jahr bei der Bearbeitung der 2. chinesischen Ausgabe der Werke von Marx und Engels geholfen habe (auf der Grundlage der seit 1978 erscheinenden Marx-Engels-Gesamtausgabe [MEGA] sind mindestens 60 Bände geplant, und 6 bisher erschienen).

Jede einfache so oder so geartete Antwort wäre wahrscheinlich falsch und übrigens auch wenig hilfreich. Daher will ich lieber einige Tatsachen und Zusammenhänge für eigenständige Überlegungen zu bedenken geben. Vielen Lesern sage ich damit sicherlich nichts Neues; ich will sie zur Nutzung von Bekanntem und Bewährtem ermutigen. Die von Marx und Engels ab Ende 1843 erarbeitete neue Auffassung von der Gesellschaft und ihrer Geschichte anerkannte von Anfang an den Humanismus; moderne Kommunisten müssen also eine Bewegung des Lebens (nicht etwa des Sterbens) sein. Um diese Position verwirklichen zu können, muß sie sofort eng mit solch weiteren grundlegenden verbunden werden wie Naturalismus (Anerkennung des Stoffwechsels der menschlichen Gattung - selbst ein Naturprodukt - mit der übrigen Natur) und Gemeinschaftssinn (Anerkennung der Tatsache, daß sich die Menschen stets nur in zunehmender Arbeitsteilung und daher gegenseitiger Abhängigkeit entwickelten). Dazu braucht es in theoretischer und methodischer Hinsicht den möglichst konsequenten Materialismus (d.h. die vorurteilsfreie, wissenschaftliche Analyse der stets wendenden menschlichen Gesellschaft unter geschichtlich konkreten natürlichen und gesellschaftlichen Bedingungen). Vor allem ist nicht zu vergessen: Die in der von Marx und Engels begründeten Anschauung gezogenen Schlußfolgerungen sind wertlos, wenn man sie zu allen Zeiten und an allen möglichen Orten anzuwenden versucht (eigentlich nur wiederholt), ohne die Voraussetzungen zu berücksichtigen, aus denen sie gewonnen wurden.

Man sehe also selbst: Die Volksrepublik China umfaßt mit 9,6 Millionen km<sup>2</sup> fast die Fläche des gesamten europäischen Kontinents (10,16 Mill. km<sup>2</sup>)! Sie ist mit 1,23 Milliarden Einwohnern (= 23% der heutigen Menschheit; etwa doppelt so viel wie in Europa, etwa 15 mal so viel wie die BRD) das bevölkerungsreichste Land der Erde. Es handelt sich um die Region, in der die „Wiege“ der orientalischen Kultur bzw. der Menschheit stand; die Generationen dieses Landes haben also schon Jahrtausende unter bestimmten vorgefundenen (häufig von Erdbeben, Kälteeinbrüchen, Dürre, Sandstürmen, Überflutungen, Wirbelstürmen, Heuschreckenplagen beeinflussten) oder selbst mit geschaffenen Bedingungen ihr Leben gestalten müssen.

Die Revolution 1911 führte zum Sturz des Kaiserreichs und zur Proklamierung der Chinesischen Republik am 1.1.1912. Dreieinhalb Jahre nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurde am 1.7.1921 in Schanghai illegal die Kommunistische Partei Chinas gegründet. Am 1.10.1949 wurde von Mao Zedong in Beijing die Volksrepublik China proklamiert; sie begeht also etwa in einem Jahr den 50. Jahrestag ihrer Gründung. Die Ausgangsbedingungen für den gesellschaftlichen Fortschritt waren in dem jahrhundertlang feudal, kolonial und kapitalistisch ausgebeuteten Land - bis 1945 auch von faschistischen japanischen Truppen ausgeplündert - denkbar ungünstig.

Die VR China hat eine wechselvolle Geschichte hinter sich, von der die Politik des „großen Sprungs nach vorn“, der Volkskommunen und der „Kulturrevolution“ Ende der 50er bis Mitte der 70er Jahre heute von der KPCh als fehlerhaft, das Land in seiner Entwicklung um Jahrzehnte zurückwerfend, bewertet werden.

Daß die Entwicklungsbedingungen für China seit der konterrevolutionären Entwicklung 1989/91 in Europa und Nordasien international nicht leichter wurden, ist unschwer einzusehen. Abgesehen von Kuba gibt es die sozialistischen Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe nicht mehr. Nach den Vorstellungen bestimmter Kreise des internationalen Finanzkapitals sollte 1989 auch für die sozialistische Ordnung in China die letzte Stunde schlagen. Von der (vor allem durch Naturkatastrophen seit 4 Jahren geplagten) Koreanischen Volksdemokratischen Republik, von Kuba oder Vietnam kann China kaum Unterstützung in den erforderlichen Größenordnungen erhalten.

Die gesellschaftliche Entwicklung wird politisch von der KPCh geführt, die z.Z. 59 Millionen Mitglieder hat. Im programmatischen Teil ihres Statuts begreift sie sich als „Vortrupp der chinesischen Arbeiterklasse“, als „neuer Vertreter der Interessen der Völker verschiedener Nationalitäten Chinas und der führende Kern der Sache des Sozialismus in China. Das Endziel der Partei ist die Schaffung der kommunistischen Gesellschaftsordnung. Die KPCh betrachtet den Marxismus-Leninismus und die Ideen Mao Zedongs sowie Deng Xiaopings als Anleitung für ihr Handeln. Karl Marx und Friedrich Engels analysierten unter Anwendung des dialektischen und historischen Materialismus die Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft und schufen so die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus. [...] Zu Beginn des 20. Jahrhunderts stellte Lenin fest, daß der Kapitalismus in das Stadium des Imperialismus übergegangen war, daß sich der Befreiungskampf des Proletariats mit dem der unterdrückten Nationen der Welt verbinden wird [...] Die Entwicklung und Vervoll-

kommen der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist ein langer historischer Prozeß.“

Die KPCh sieht es seit 1987 (13. Parteitag) als ihre Hauptaufgabe an, die Völker der 56 Nationalitäten des Landes zu vereinen, gestützt auf die eigene Kraft und durch harte Arbeit Industrie, Landwirtschaft, Landesverteidigung, Wissenschaft und Technik schrittweise zu modernisieren und China zu einem Land mit hochentwickelter Zivilisation und Demokratie aufzubauen. Der 15. Parteitag (1997) konnte feststellen, daß dieser Kurs erfolgreich beschritten wurde. Insgesamt gibt es bei einer Bevölkerung, die zu 80% auf dem Lande lebt, noch 58 Millionen Arme (32 Millionen weniger als 1992) und 12% Analphabeten oder Halbanalphabeten. Dennoch konnte das wirtschaftliche Wachstum von 1992 bis 1996 jährlich um durchschnittlich 12,1% gesteigert und so das Pro-Kopf-Einkommen der städtischen Bevölkerung um 7,2 und das der ländlichen Bevölkerung um 5,7% erhöht werden. Die Bevölkerung kann sich ernähren und kleiden.

Es wurde ein Programm für die Entwicklung bis zum Jahre 2010 (mit durchschnittlich 8% Wirtschaftswachstum jährlich) und ein Perspektivprogramm bis zum Jahre 2049 (100. Jahrestag der Gründung der VRCh) erarbeitet und beschlossen. Bis dahin sollen dem Inhalt nach die Grundlagen des Sozialismus in China (bei deren Schaffung sich das Land nach Einschätzung des 15. Parteitages am Anfang befindet) errichtet werden.

Um also kurz auf die eingangs gestellte Frage zurückzukommen: Die Absicht der bisherigen führenden gesellschaftlichen Kräfte, unter den spezifischen geographischen, ökonomischen, sozialen und politischen sowie internationalen Bedingungen perspektivisch die sozialistische als niedere Stufe der kommunistischen Gesellschaft zu errichten, ist erklärt und beschlossen. Es wird von den menschlichen, insbesondere politischen, Qualitäten der nachwachsenden Generationen von chinesischen Führungskräften (von denen seit Ende der 50er Jahre viele in den USA, Australien, Westeuropa usw. studiert haben) abhängen, ob bzw. inwiefern dieses revolutionäre Programm verwirklicht wird. Auf dem 15. Parteitag der KPCh wurde die Forderung bekräftigt, daß die Kommunistische Partei dem Volke dienen muß (nicht etwa umgekehrt). Man kann es also drehen und wenden, wie man will, an der Schwelle zum 21. Jahrhundert ist es die KP Chinas, die inhaltlich die 1911 (in China) bzw. 1917 (in Rußland) eingeleitete welthistorische Epoche der Schaffung einer neuen, der sozialistischen, Gesellschaft real anführt und Hammer, Sichel und Sterne auf roten Bannern voranträgt (ohne selbst diesen Anspruch zu erheben!). Vor allem in China wird nach meiner Erfahrung und Überzeugung jetzt „die Musik der Zukunft gespielt“! □



## Reporterskizzen (5)

# Enttarnung in Afrika

Am 5. Oktober 1974 - zwei Tage vor dem 25. Jubiläum der DDR - folgte ich einer recht ungewöhnlichen Flugroute. Um die eigentlich nur viereinhalbstündige Reise zwischen Berlin-Schönefeld und Lissabon-Portela zurückzulegen, hatte ich zunächst ein „Afrikaprogramm“ zu absolvieren. Ich war auf den Kurs über Algier, Marseille und Madrid angewiesen, da die ND-Reisestelle angesichts meines sehr kurzfristig ergangenen Marschbefehls keine günstigere Buchung mehr hatte vornehmen können. Der Abflug der Interflug-Maschine verzögerte sich, da noch eine im letzten Augenblick eingetroffene Ladung Milchpulver für Guinea-Conakry an Bord der IL 62 verstaubt werden mußte, um über eine Stunde. Meine Wartezeit für den Anschlußflieger der Air Algérie, in den ich bei der ersten Zwischenlandung umsteigen sollte, betrug nur 45 Minuten. Doch die Algerier hatten freundlicher Weise gewartet. Ihre Boeing 727 stand mit laufenden Aggregaten, aber noch heruntergelassener Gangway auf der Piste. Es schien zu klappen. Indes - leider fand die Besatzung den Koffer des einzigen Passagiers, der in Algier von Bord ging, - das Gepäckstück eignete sich nicht für's Nachschicken - erst nach weiteren fünfzehn Minuten. Da war die algerische Maschine - trotz aller orientalischen Geduld - längst am Horizont verschwunden. Mir blieb nichts anderes übrig, als den Grenzkontrolleur um ein Tagesvisum zu bitten. Dieser wehrte schroff ab. Pech, dachte ich. Kein Liebhaber der DDR! Ob ich wenigstens in der Halle übernachten dürfe, fragte ich leicht irritiert. „Ausgeschlossen. Wir machen jetzt dicht. Heute war das die letzte Fuhre“, erwiderte er ins Kaffeehaus strebend.

Doch der Beamte Algeriens, dessen Unabhängigkeitskampf gegen die Franzosen wir einst so leidenschaftlich unterstützt hatten, wußte Rat. „Sie sind durch die Schuld der Interflug zu spät gekommen. Die Interflug hat Sie auch wieder mitzunehmen.“ Er empfahl mir, meinen Koffer zu ergreifen und mich schnellstens zu der noch am Boden haftenden IL 62 zurückzugeben.

Die Crew begrüßte mich mit Hallo. „Alles Gute für den Fünf-Stunden-Flug über die Sahara bis nach Freetown an der Westküste“, verkündete die Chefstewardess einer nur wenige Köpfe zählenden Kabinenbesatzung. Mir schlug sie vor, schon in der Hauptstadt Sierra Leones abzusteigen und nicht etwa bis Conakry durchzufliegen. „In Freetown findet man mit einigem Geschick ein Hotelzimmer. Vor allem landet dort hin und wieder ein Flugzeug, das ein Land Südeuropas als Ziel hat. Und wenn alle

Stricke reißen: Wir kommen morgen früh planmäßig noch einmal vorbei und können Sie dann ja wieder mitnehmen.“

Das Angebot zu einer kostenlosen Himelssafari quer durch Afrika schien mir einerseits verlockend. Aber während ich auf Sandstürme und Oasen herabblickte, beschlich mich andererseits der Gedanke, wie dieses nicht gebuchte Abenteuer wohl enden werde.

Der Sesselnächste - einen Nachbarn gab es in der unterbelegten Maschine nicht - war ein junger Schwarzer mit breitem, intelligentem Gesicht und neugierigen Augen. Seine Kleidung schien mir für die lange Reise zu adrett. Sein Deutsch war gewandt. Er stamme aus einer begüterten nigerianischen Familie und sei in Erfurt aufgrund eines Regierungsabkommens mit der DDR als Ingenieur ausgebildet worden, verriet mein Gesprächspartner von sich. Dabei startete er mich unverwandt an. „Ich kenne Sie. Irgendwo sind wir uns schon begegnet“, wollte er auch mich zu einer Selbstdarstellung bewegen. Zur Vorsicht erzogen, blieb ich lieber unbestimmt. „Ich bin Reiseschriststeller“, machte ich dem Wißbegierigen ein Angebot.

Die schwarzen Grenzbeamten Sierra Leones - das Land war früher eine britische Kolonie gewesen und gehört noch heute dem Commonwealth an - trugen schwarze Uniformen im Schnitt und Stil Ihrer Majestät. Sie machten den Eindruck, nichts könne sie erweichen. So nahmen sie die Story meiner Odyssee und die höfliche Bitte um ein Übernachtungsvisum ungerührt und mit versteinernten Gesichtern auf. „Zwischen der DDR und Sierra Leone bestehen ausgezeichnete Beziehungen. Ihr Präsident, Exzellenz Siaka Stevens, ist ein großer Freund meines Landes“, holte ich mein bestes Pferd aus dem Stall. Umsonst. Die Wirkung war gleich Null. „Wollen Sie etwas für soziale Zwecke der Polizei ausgeben?“, fragte da plötzlich der eine. Meine Verblüffung wurde gemildert, als der Polizist den Preis nannte: „Zwei Leoni - zwei Dollar“. Ich war mit dem Tarif zufrieden und legte an diesem Abend noch etliche Leoni an - so beim Impfdienst, der gnadenlos meine fehlenden Immunisierungen beanstandete, mich aber nach „Förderung sozialer Zwecke des Gesundheitswesens“ gnädig passieren ließ; beim „Chauffeur“ eines verbeulten Geländewagens, dessen Hotel „absolut nichts frei“ hatte und der mir dann plötzlich ein „Single with bath“ (Einzelzimmer mit Bad) anbot; und beim Rezeptionsfräulein, das bei zwölf Leoni Gebühr auf einen 15er-Schein leider nicht herausgeben konnte. Übrigens mußte man sich bei der Ankunft selbst mit Namen, Adresse und Paßnummer

in das Gästebuch eintragen und konnte dabei gemächlich die Personalien der übrigen Abgestiegenen studieren.

Wie aber sollte ich von hier wieder wegkommen?

Auf Freetowns winzigem Airport hatte ich nur zwei Maschinen ausgemacht: Eine irreführenderweise als „OK-Jet“ firmierte CSSR-Tupolew mit zusammengebrochener Elektrik, deren nervöse Besatzung nach langem Herumbasteln endlich startete und mir zuvor noch das reizvolle Angebot machte, „auf eigenes Risiko“ nach Casablanca mitzufliegen. Und ein schnittiges kleines Kampfflugzeug der U.S. Air Force mit den Stars and Stripes in der Pentagon-Variante am Heck, dessen Auftauchen im neutralen Sierra Leone mein journalistisches Interesse hervorrief.

Den „einen Afrika-Urlaub verlebenden“ Piloten nebst „Frau“ und „Sohn“ - vermutlich ein CIA-Trio - sollte ich schon bald darauf bei zähem Büffelfleisch und schottischem Whisky im Hotelrestaurant des Bungalowdörfchens etwas näher kennenlernen. Rasch verfielen wir - der (Ehrenwort!) in Westberlin geborene und zur Schule gegangene „Reiseschriststeller“ und der amerikanische Oberst, den die genauen USA-Kenntnisse des Deutschen erstaunten - in einen familiären Ton. Auch die meine Sprache gut beherrschende „Frau“ des Offiziers - sie hatte laut Gästebuch einen schwedischen Namen - hielt lebhaft mit. Sie wollte nur allzu gerne meine Identität in Erfahrung bringen. Das sollte ihr auch gelingen. Denn plötzlich erschien jener junge Nigerianer aus dem Flugzeug und steuerte direkt auf mich zu. Er war angetrunken und hakte sich bei mir fest. „Jetzt weiß ich, wer Sie sind... Ich habe Ihren Namen im Gästebuch gelesen... Sie sind der Doktor Steiniger vom Neuen Deutschland... Woher ich Sie kenne?... Sie haben mal bei uns an der Ingenieurschule ein Forum durchgeführt... Über den USA-Imperialismus.“

Enttarnung in Afrika! Um mein intimes Gespräch mit dem Oberst der U.S. Air Force und seiner „Familie“ war es geschehen.

Am nächsten Morgen flog ich mit einem Ticket der britischen New Caledonian Airways, das mir ein besoffener KLM-Manager „im Zeichen der Freundschaft“ als Ersatz für meinen auf dieser Strecke ungültigen Interflug-Schein ausgestellt hatte, an Bord einer philippinischen DC-10 nach dem francospanischen Las Palmas. Noch war ich nicht in Kontinental-Europa. Was weiter passierte, erfährt der Leser in „Reporterskizzen (6): Geflüster mit einer Nonne“.

Klaus Steiniger

Brief von Armin Stolper

## Eine Lanze für die Kultur

Liebe „RotFüchse“!  
Seit der ersten Ausgabe Eurer Zeitung habt Ihr mich dankenswerterweise in die Liste derer aufgenommen, denen Ihr das Blatt regelmäßig zukommen laßt. Bisher erreichte es mich auch unbeanstandet, aber die letzte Nummer war mit einem Stempel von der Post versehen: „Inhalt entspricht nicht den AGB BfDin!“. Was das zu bedeuten hat, wissen die Götter! Der Brief, in dem der siebente „RotFuchs“ steckte, wäre wieder an Euch zurückgegangen, hätte ich der rührigen Briefbotin nicht das Strafporto erstattet. Um Euch und mir Ungelegenheiten zu ersparen, zahlte ich das Geld, und so kann ich Euch sagen, daß mir die Lektüre abermals keinen Verdruß, sondern Vergnügen auch an ernstesten Gegenständen bereitetete. (...)  
Es ist gut, daß Ihr nach einem Anstoß, den Euch eine Leserin gab, auch für die UZ werbt, und das sage ich nicht nur, weil ich gelegentlich darin schreibe, sondern überhaupt. Nun habt Ihr auch fünf Punkte ge-

treulich aufgelistet, warum es ratsam ist, das Essener Wochenblatt zu lesen. Und was, liebe Genossen, fehlt wieder einmal? Na was schon, die liebe Kultur, die Kunst und die Schriftstellerei. Das sage ich natürlich auch aus egoistischen Gründen, aber nicht nur! Natürlich weiß ich, daß die Kulturseite der UZ noch manche Besserung verträgt, wozu ja auch beitragen würde, wenn der eine oder andere der „RotFüchse“ immer mal wieder für das DKP-Wochenblatt schriebe. Also überlegt mal, ob der Kontakt zwischen der UZ und dem „RotFuchs“ nicht ein bisschen enger werden könnte. Und den Hinweis darauf, daß die Kommunisten mit der Kultur, der Kunst und der Schriftstellerei etwas am Hut haben könnten, erneuere ich immer wieder. Zum 14. Parteitag der DKP hatte ich dem Vorstand ein Briefel geschrieben, den man vielleicht nicht erhalten hat, weil ich nie eine Bestätigung des Eingangs erfuhr. Ich schicke Euch eine Ablichtung desselben mit und wünsche Euch allen gute Einfälle für die

Arbeit der Partei, die mich auffordert, meine Stimme einer anderen zu geben, die ich vielleicht doch nicht wählen würde, wenn Ihr selbst Euch zur Wahl stellen würdet. Ich habe mich gefreut, daß Ihr in der Nr. 6 an den 30. Todestag des auch von mir geliebten und hochgeschätzten Konstantin Paustowski erinnert habt - wer außer Euch tat das schon?

1992 erinnerte ich im ND an seinen 100. Geburtstag, aber auch das war ein singuläres Ereignis. Paustowski hat sich ja nie als Kommunist bezeichnet, aber ich glaube, daß seine große Liebe zu Rußland, seiner Natur und seinen Menschen, seine tiefe Verbundenheit mit der Weltliteratur und ihren bekannteren wie unbekannteren Schöpfern, seine persönliche Verbundenheit mit der Revolution, seine Weltzugewandtheit und sein Undogmatismus allen Kommunisten als vorbildlich erscheinen können.

Mit herzlichen Grüßen  
Euer Armin Stolper

### Aus dem Brief Armin Stolpers an den 14. Parteitag der DKP

... Was die Sozialismus-Vorstellungen anbelangt, so wünsche ich mir, daß darin alles, was mit Kultur, Kunst und Literatur zu tun hat, ins Zentrum rückt, denn ohne deren Dominanz gerät das menschliche Leben ständig in Gefahr, ärmer und gefährdeter zu verlaufen. Auf diesem Gebiet haben sowohl die Sowjetunion als auch die DDR und andere sozialistische Staaten in diesem zu Ende gehenden Jahrhundert Beachtliches geleistet, dessen man sich, wenn man die Verluste und Gewinne benennt, im Guten erinnern wird.

Mich hat der erste deutsche Arbeiter- und Bauernstaat gerade in dieser Hinsicht gefördert und gefordert; in ihm und durch ihn wurde ich Theaterdramaturg und Schriftsteller und alle Konflikte und unnötigen Beschränkungen können mich nicht hindern, darin das Glück meines Lebens zu sehen. In der DDR wurde ich als Theater-

mann und Autor gebraucht, der wußte und erfuhr, welche schöpferischen Potenzen, geistigen Qualitäten und kulturellen Möglichkeiten in Menschen entwickelt werden können, für die das Wort Sozialismus gleichbedeutend mit Friedfertigkeit, humanistischer Grundhaltung und solidarischem Gemeinschaftsgeist war.

Freilich hat sich das nicht im Selbstlauf entwickelt, und wenn im Ganzen gesehen unser Versuch noch nicht Dauer und Bestand haben konnte, so gilt es aber auch, das, was wir schon einmal erreicht hatten, nicht leichtfertig über Bord zu werfen, weil uns solches Tun von Seiten unserer Gegner und Feinde nahegelegt wird und selbst einige Freunde bei Betrachtung unserer Vergangenheit jedes Augenmaß verloren zu haben scheinen. (...)

Wir werden wohl oder übel davon ausgehen müssen, daß ein Sozialismus, wie wir

ihn erhoffen, ohne Kampf gegen faschistische Barbarei und gegen kapitalistische Unmenschlichkeit in vielfältigster Gestalt nicht möglich sein wird. Aber auch nicht ohne Verwendung der bislang von der Arbeiterbewegung gemachten Erfahrungen - denken wir an die Pariser Kommune, den Roten Oktober, die Gründung volksdemokratischer Staaten nach dem II. Weltkrieg (...)

Vieles müssen wir, muß jeder von uns noch besser machen. Vor allem wünschte ich mir - im Sinne unseres Freundes Gerhard Branstner - daß unser marxistisches Tun die Kategorie der Heiterkeit nicht geringgeschätzt. Auch Ironie, Satire, geschliffener Stil tun uns not. Heine, Tucholsky, Ossietzky, Weinert, Hacks zeigen uns, wie man es machen kann und muß. Und Marx und Engels - blicken wir in ihre Briefe - waren ja auch keine trockenen Moralprediger.



Willi-Bredel-Gesellschaft

Geschichtswerkstatt e.V.

NEUER HOCHSCHULSCHRIFTENVERLAG

Die Willi-Bredel-Gesellschaft,  
Geschichtswerkstatt e.V., Hamburg,

macht auf eine gerade erschienene biographische Skizze von Prof. Rolf Richter (Rostock), „Willi Bredel. Ein deutscher Weg im 20. Jahrhundert“ aufmerksam.

Die von der Kulturbehörde der Freien Hansestadt Hamburg geförderte Arbeit umfaßt 148 Seiten. Sie ist beim Neuen Hochschulschriftenverlag, Warnowufer 30, 18056 Rostock, Tel/Fax: 0381/68 22 48, zu erwerben.

## Am Rande bemerkt

□ Mein China-Bild ist u.a. geprägt von einer liebenswerten alten Dame. Ihr Name: Eva Siao, geboren am 8. November 1911. Zuerst begegnete mir vor Jahrzehnten ihr im Dresdener Sachsenverlag 1956 erschie- nener Bildband „Peking – Ein- drücke und Begegnungen“. Die Einleitung von Bodo Uhse (Auszüge aus seinem Reisetagebuch) bildet eine wertvolle Ergänzung zu den Fotos. Der Band ist damals in einer Auflage von 10 000 Ex- emplaren erschienen und auch antiquarisch kaum mehr zu beschaffen.

Eva Sandberg lernte in den dreißiger Jahren in Moskau den Dichter Emi Siao kennen, heiratete ihn und folgte ihm in seine Heimat China, wo sie heutenoch lebt. Ein filmisches Porträt der Dokumentaristin Gitta Nickel „China – mein Traum, mein Leben“ (1988, Fernsehen der DDR) gibt einen anrührenden Eindruck von Leben und Umwelt einer bemerkenswerten Frau. 1989 kam im Kreuzberger Verlag Dirk Nishen ein Bänd- chen mit Fotografien Eva Siaos „China und seine Gesichter“ heraus. Bei meiner Suche nach weiteren Büchern von oder über Eva Siao stieß ich jetzt auf ihr autobiographi- sches „China – mein Traum, mein Leben“, das als Taschenbuch im Econ Verlag inzwi- schen in sechs (!) Auflagen erschienen und noch lieferbar ist (624 S., zahlr. Fotos, 19,90 DM, ISBN 3-612-26098-7).

□ Gerne dokumentieren wir einen im ND vom 28. 7. 1998 veröffentlichten Leserbrief von Herrn Günther Stegner aus Ilseburg im Harz. Unter der Überschrift „Die Welt ist nicht besser geworden“ heißt es dort: „Ich halte es mit Walter Womacka, daß an die- sem zu Ende gehenden Jahrhundert lie- benswert war, daß es die Deutsche Demo- kratische Republik gegeben hat. Nach dem Zusammenbruch des Welt-Sozialismus wurde die Welt doch nicht besser, nicht sicherer, nicht überlebensfähiger, nicht sozialer, nicht demokratischer, nicht ge- rechter, nicht lebenswerter, nicht friedens- fähiger, nicht ökologischer, nicht menschi- cher, nicht kinderfreundlicher, nicht soli- darischer, nicht freier von antagonistischen Widersprüchen, nicht antifaschistischer und auch nicht kulturvoller, sondern alles eher im Gegenteil.“

□ Wenn es um die DDR geht, darf mittler- weile in bürgerlichen Medien nahezu jeder Unsinn verzapft werden. Ein eher harmlo- ses, dennoch aber typisches Beispiel aus

jüngster Zeit fand sich im „Tagesspiegel“ vom 2.8.: „Doch schon die derzeitigen Ausstellungen mit DDR-Exponaten sind für Westdeutsche interessant bis kurios ... Das Sandmännchen war über die Mauer



Victor Jara

hinweg bekannt, und auch das Lied über den Baggerführer Willibald hatte ... rüber- gemacht.“ Nun haben zwar viele (zu viele) damals (von Ost nach West) „rübe- gemacht“ – sicher aber nicht der Bagger- führer W. Der kommt nämlich aus dem Westen! Geschaffen hat ihn der Liedermacher Dieter Süverkrüp aus Düsseldorf (BRD!) Anfang der siebziger Jahre für seinen Sohn Ben Oliver. Das Lied, einer der ganz großen Erfolge von Süverkrüp, hat nicht nur in mehreren westdeutschen Lan- desparlamenten für Unruhe gesorgt (Ab- geordnete der CDU wollten derlei antikapi- talistische Agitation aus Schulen und Kin- dergärten, wo es gerne gesungen wurde, verbannt wissen), sondern es hat auch den Weg in die DDR gefunden (und sorgt, wie man sieht, gelegentlich heute noch für Verwirrung).

□ Am 11. September sind es 25 Jahre her, daß in Chile die demokratisch gewählte Regierung von Präsident Allende durch den Militärputsch von Pinochet und der ihn stützenden Kapitalisten und Imperialisten gestürzt wurde. Am 15. September ermordeten sie im Nationalstadion von Santiago Victor Jara, den am 28.9.1938 als Sohn einer Bauernfamilie geborenen Re- gisseur, Komponisten, Volkssänger und Kommunisten. Vor dem Schreiben dieser Randbemerkungen habe ich wieder seine Lieder gehört, Filme über ihn gesehen („Victor Jara – das letzte Konzert“, zwei Monate vor dem Putsch aufgenommen, „Der Tiger sprang und tötete ...“ [1973] des

kubanischen Dokumentaristen Santiago Alvarez; „El Cantor“ [1978] von und mit Dean Reed) und in dem Buch seiner Gefähr- tin Joan Jara „Victor Jara – Chile, mein Land, offen und wild“, Rowohlt Verlag, Reinbek 1985, gelesen. Jara gehört zu den Begrün- dern der modernen chilenischen Musik, die auf der lateinamerikanischen Volksmusik beruht. Er gab seinen Liedern einen revolu- tionären, kämpferischen Inhalt.

Pete Seeger schrieb: „Jetzt gehört Victor Jara zu solchen Künstlern wie Taras Schewtschenko aus der Ukraine, Robert Burns aus Schottland, Joe Hill und Woody Guthrie, deren Lieder in den Herzen ihrer Völker leben. Und solange wir seine Lieder singen, solange uns sein Mut mutiger macht – so lange wird Victor Jara niemals ster- ben.“

Das letzte Wort aber soll Genosse Jara haben: „Ob dies Lieder der Liebe oder der Anklage, Scherz- oder Kampflieder sind, meine Lieder wurzeln in der Wirklichkeit meines Volkes, der chilenischen Bauern und Arbeiter; sie sind ebenso Ausdruck meines eigenen Lebens, weil dieses unlös- bar verbunden ist mit meinem Volk und den anderen Völkern Lateinamerikas in ihrem Befreiungskampf.“

W. M.

### PABLO NERUDA

(12. 7. 1904 bis 23. 9. 1973)

### AN MEINE PARTEI

Du gabst mir die Brüderlichkeit zu ihm,  
den ich nicht kenne.

Du hast mir die Kraft aller, die leben,  
verliehen.

Du hast mir erneut das Vaterland gegeben  
wie bei der Geburt.

Du hast mir die Freiheit geschenkt, die nicht  
der Einsame hat.

Du lehrtest mich die Güte entfachen wie ein  
Feuer.

Du gabst die Gradheit mir, die der Baum  
haben muß.

Du lehrtest mich die Einheit erkennen und  
der Menschen Verschiedenheit.

Du zeigtest mir, wie der Schmerz eines  
Menschenwesens verging im Sie-  
ge aller.

Du lehrtest mich in den harten Betten mei-  
ner Brüder schlafen.

Du ließest mich erstehen auf der Wirklich-  
keit wie auf einem Fels.

Du machtest zum Feind der Ruchlosen mich  
und zum Wall gegen den Rasenden.

Du ließest mich erkennen das Licht der  
Welt und die Möglichkeit der Freude.

Du machtest mich unzerstörbar, denn mit  
dir hab ich in mir selbst kein Ende.

Übertragen von Erich Arendt



## Briefe an „RotFuchs“



Ich bin unheimlich froh, „RotFuchs“ zu bekommen. Es freut mich sehr, Artikel von so einem konsequenten Standpunkt zu lesen.

**Pat Turnbull, London, Großbritannien**  
Redakteurin der Zeitschrift „Straight Left“

\*\*\*

Liebe Genossen, ich habe gerade in Kanada Eure Webseite gefunden. Das Buch von Kurt Gossweiler ist wirklich etwas, was wir hier in der PCP (Communist Party Of Canada) wirklich sehr, sehr gerne hätten. Könntet Ihr mir vielleicht schreiben, oder per email verraten, wie ich es von Euch bestellen kann?

**Hanne Gidora, Coquitlam, Kanada**

\*\*\*

Liebe Lena, Lieber Kurt!

Für Eure Wünsche zu meinem 80. Geburtstag und wohlthuende Anteilnahme an meiner schrecklichen Situation danke ich Euch sehr. Da ich längere Zeit krank war, kann ich mich erst heute für die Übersendung von „RotFuchs“ bedanken. Die Artikel finden meine Zustimmung, und ich würde mich freuen, die Zeitung weiterhin zu erhalten. Anbei 16 Briefmarken.

**Irmgard Jendretzky, Berlin**

\*\*\*

Die verbleibenden Wahlkampfwochen werden noch tüchtig an den Nerven zerrén. Neben den Schwarz-Gelben und den Rosa-Grünen steht ja die PDS mit Wahlumheiten auch nicht gerade im Abseits. Wir haben uns schon mehrfach gefragt, ob sie es selbst darauf abgesehen hat, unter der Fünf-Prozent-Marke zu bleiben. Mit ihren Wahlplakaten „Cool“ und „Geil“ könnte es klappen, daß weitere potentielle Wähler endgültig vor den Kopf gestoßen werden. Nach meiner Ansicht ist der Vorstand verantwortlich, wenn die Fünf-Prozent-Hürde nicht genommen wird, denn die Fehlleistungen der letzten Wochen gehen zweifelsfrei auf das Konto dieses erlesenen Gremiums. Eventuell erhalten einige dieser Schlaumeier die Quittung in der Form, daß sie ihre gutbezahlten „warmen Plätzchen“ verlieren. Warten wir es ab, wie sich diese „kluge Politik“ in einer verkommenen Parteienlandschaft auszahlt.

Betreffs Strafporto für den „RotFuchs“ müßt Ihr Euch weder entschuldigen noch

Wiedergutmachung leisten. Für Heinz und mich war von Anfang an klar, daß es sich dabei um einen hinterhältigen Schuß eines oder mehrerer Denunzianten handelte. Wir haben ohne Frage bezahlt und den „Fuchs“ mit gleicher Freude gelesen.

**Karl Leonhardt, JVA Hakenfelde**

\*\*\*

Besten Dank für die Zusendung Eurer Juli-Ausgabe. Sie hat mir sehr gefallen und ist von Experten gemacht, die uns im Bezirk fehlen. Leider. Die Beiträge sind alle erstklassig und für den Informierten von großer Bedeutung. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß ein Genosse, der erst seit kurzem in unserer DKP ist, alles versteht. Wir haben hier einige neue Mitglieder. Sie könnten damit wenig anfangen, da ihnen das Hintergrundwissen fehlt. Mir hat Eure neueste Ausgabe viel gegeben und ich habe diese sogar kopiert, um einigen anderen Genossen diese interessanten Informationen zukommen zu lassen.

Ich füge meinem Brief einen Ausschnitt aus den Nürnberger Nachrichten - Pegnitz-Zeitung - bei, der Euch zeigt, wie wir in unserer Region - ich selbst bin Kandidat - den eigenständigen Wahlkampf der DKP führen.

**Erich Schreier, Röthenbach a. P.**  
(Nürnberger Land)

\*\*\*

Lieber Kurt, Du wirst überrascht sein, nach so langer Zeit von mir zu hören. Es gibt dafür einen Anlaß. Ich bin aus der PDS ausgetreten, nachdem ich mit der Erklärung lange, zu lange gezögert habe.

Seit Jahren beobachte ich kritisch das Streben der PDS-Führung, sich in die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft zu integrieren, sich mit bürgerlichen, sozialismusfeindlichen Parteien in dieser oder jener Form zu arrangieren, möglichst zu koalieren, wobei mißachtet wird, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht reformierbar ist. Mit dieser revisionistischen Politik verliert die PDS aber auch immer mehr den Charakter einer sozialistischen Partei. Ein Grund für meinen Schritt ist auch, daß ich eine grundsätzlich andere Einschätzung der untergegangenen DDR habe. Letzter Anstoß für meinen Entschluß waren schließlich die unterwürfigen, würdelosen Entschuldigungen bei dem politischen Gegner, richtiger gesagt, dem Klassenfeind.

Mein Anliegen: Ich möchte Mitglied der DKP werden, in der ich, wie ich denke, meine politische Heimat finden werde. Unterstütze mich bitte dabei.

**Herbert Thomas, Berlin**

Der Beitrag „Der Posten hieß Pato“ von Klaus Steiniger in Nummer 7 hat mich in einen Zustand tiefer Erregung versetzt, den vielleicht nur verstehen kann, wer das Glück hatte, Zeuge der portugiesischen Revolution vom April 1974 mit ihren dramatischen Entwicklungen zu sein. Wir hatten die verschiedensten Erlebnisse. In der Nähe des NATO-Luftwaffenstützpunktes Beja sagte uns ein höherer BRD-Offizier, der überhaupt nicht auf die Idee kam, wir könnten aus dem anderen Deutschland stammen: „Hier ist die Kacke am Dampfen, das kenne ich von Afrika. Nichts wie weg!“ Leider ist es beim Dampfen geblieben. Nach heutiger Kenntnis war eine der Ursachen der Niederlage sicher die mangelnde Erfahrung nicht weniger portugiesischer Revolutionäre; aber weit stärker wog das absolute Desinteresse Moskaus an einer Kräfteveränderung in diesem Teil der Welt. Der Verrat an der DDR wurde damals zunächst im Kleinen geprobt. Von allen osteuropäischen Parteien setzte nur die SED viel Kraft und erhebliche Mittel zur Unterstützung der portugiesischen Werktätigen ein. Fast alle anderen beließen es bei Worten; oft nicht einmal das.

Leider bin ich heute zu krank, diesem Verrat in Archiven nachzuspüren. Aber vielleicht findet sich ein jüngerer Genosse, dieses leuchtende wie düstere Kapitel zu untersuchen.

**Ernst-Otto Schwabe, Berlin**

\*\*\*

Der „RotFuchs“ ist mit Abstand die spannendste, interessanteste und lebendigste DKP-Zeitung, die ich seit „Ewigkeiten“ (ich bin seit 1970 in der DKP Niedersachsen organisiert) in die Hand bekam. Auch die Aufmachung gefällt mir gut. Besonders erfreut mich, daß Ihr Euch mutig und solidarisch, ohne „Wenn und Aber“, an die Seite der Kundschafter stellt. Das kenne ich aus keiner anderen DKP-Zeitung und nur aus wenigen anderen linken Publikationen. Mit Bitterkeit muß ich erleben, wie wenig Unterstützung die Kundschafter aus den alten Bundesländern von meiner Partei, mit Ausnahme einiger engagierter Mitglieder, erhalten. Dies ist bei Euch anders und dafür möchte ich Euch danken.

Durch Eure Zeitung spiegelt sich auch eine bewußte, lebendige und kämpferische Basis wieder - eine DKP, die ich noch Anfang der 70er Jahre ebenso in der BRD erlebte. Lang ist es her!

Anbei noch einige Briefmarken und ein wenig „Kleingeld“ zur Unterstützung.

**Monika Windhorn, Hannover**

\*\*\*

Euren „RotFuchs“ verfolge ich von der ersten Nummer an mit wachsendem Interesse. Herzlichen Dank an Eure Autoren, die

aus eigener Kompetenz den Genossen viele wertvolle DDR-Erfahrungen vermitteln können. Ich halte es für die entscheidende Frage deutscher Politik, daß sich die bewußtesten Kräfte der politischen Linken im vereinten Deutschland, obgleich vom Revisionismus und unter den Bedingungen neuer deutscher Weltpolitik schier erdrückt, aufgrund der historischen Errungenschaften von 40 Jahren sozialistischer Entwicklung auf deutschem Boden zu einer marxistisch-leninistischen Partei zusammenfinden.

Mit Zustimmung habe ich z.B. gelesen, wie Erich Buchholz in Heft 7/98 einmal mehr darlegt, daß die politische Strafverfolgung der ehemaligen DDR-Funktionsträger auf Rechtsbruch beruht. Ich frage mich, wieviel mehr wir im Kampf dagegen erreichen würden, gäbe es eine grundsätzliche Position von PDS und DKP zur Rechtswidrigkeit dieser politischen Klassenjustiz. Die Führungen sind bereit, die Strafverfolgung in gewissem Umfang politisch zu verurteilen und aufhumanitärer Basis mit einzelnen Verfolgten oder Gruppen von Verfolgten selektiv Solidarität zu üben. Doch es gibt bisher keinerlei offizielle Erklärung, in der die politische Strafverfolgung generell politisch und juristisch als rechtswidrig verurteilt und konsequenterweise nicht nur die Beendigung der Strafverfolgung, sondern auch die Aufhebung der ergangenen Urteile sowie die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer gefordert wird. Die Kampagne für die Rehabilitierung der Opfer der Kommunistenverfolgungen in der BRD ist erst nach Jahrzehnten in Gang gekommen. Solange werden wir ein zweites Mal nicht warten können. (...)

Laßt Euch als -bundesweit gelesene-, „Kleinzeitung“ um Himmelswillen nicht klein-kriegen. Anbei eine Spende von 22 DM in Briefmarken.

**Klaus von Raussendorff, Bonn**

\*\*\*

Liebe Genossen des „RotFuchs“, wenn ich mir auch nicht anmaße, Eure Arbeit schlechthin zu begutachten, so halte ich es doch für richtig, Euch meine hohe Anerkennung für die politisch eindeutige und ideologisch klare, wissenschaftlich fundierte Aussagekraft dieser Zeitung auszusprechen. Sie unterscheidet sich damit eindeutig von Presseerzeugnissen, die vorgeben, links orientiert zu sein, aber nicht in der Lage sind, das in ihrer politischen Aussage auch deutlich zu machen. (...) Nur der konsequent antikapitalistische Weg bedeutet die Rettung vor der drohenden gesellschaftlichen Katastrophe und das Eintreten für die einzig mögliche, vernünftige, nämlich sozialistische Alternative. (...) Der „RotFuchs“ ist ein zwar kleiner, aber heute so wichtiger Beitrag, um aufzuzeigen, daß noch eine Perspektive möglich ist,

obwohl die Zeit sehr drängt, denn vieles, was der Kapitalismus bereits zerstört hat, ist nicht mehr reparabel.

Anbei eine kleine Spende. Mit solidarischen Grüßen

**Prof. Dr. Dr. Fred Müller, Berlin-Buch**

\*\*\*

Mit Freude und großer Zustimmung in wesentlichen Punkten haben wir Euer Zeitungsprojekt „RotFuchs“ zur Kenntnis genommen. Wir möchten in Eurem Blatt gerne eine Anzeige aufgeben, um Eurem Abonnementkreis eine von uns herausgebrachte Veröffentlichung nahe zu bringen.

**Hans-Beimler-Gesellschaft - Antifaschismus & Ökonomie, Göttingen**

(Siehe Seite 18 - d. Red.)

\*\*\*

Werter Genosse Steiniger, mir ist bewußt, daß mein Leserbrief so gar nicht in das Bild paßt, das Du mit Deiner Redaktion des „RotFuchs“ über diesen auf der Leserbriefseite ständig zeichnest. Deshalb mache ich mir auch keinerlei Illusionen, daß mein Leserbrief auf dieser Seite Eingang finden wird. Ich schreibe ihn trotzdem, damit sichtbar wird, daß es auch Kommunisten gibt, die andere Prioritäten setzen als Ihr.

Ich bin in der glücklichen Lage, Euren „RotFuchs“ und die Zeitung der Bezirksorganisation Berlin „Anstoß“ zu bekommen. Ein Vergleich drängt sich förmlich auf. Das Ergebnis für mich lautet: Der „RotFuchs“ ist ein Blättchen für linke Schöngelster und überläßt die profanen täglichen Probleme dem „Anstoß“. (...)

Wie sonst soll ich das denn einordnen, wenn in der August-Nummer zu all diesen Problemen kein einziger Beitrag konkret zur Lage in Berlin enthalten ist?

Eine andere Sache: Auch für mich ist und bleibt die DDR das Beste, was es für die kleinen Leute bisher auf deutschem Boden gab. Verpflichtet das aber nicht gerade uns als Kommunisten, uns über die Gründe für das jämmerliche Scheitern der DDR Gedanken zu machen und uns darüber auch auszutauschen? (...)

Warum dazu nichts in Eurem Blatt? K. Gossweilers Aussagen zum Revisionismus reichen da nicht! Ihr hättet Eure „Drei Fragen an unsere Leser“ auf Seite 15 zumindest um die Frage „Worin sehe ich die Ursachen für das Scheitern meines Staates DDR?“ erweitern sollen. Aber das wäre ja unbequem und würde nicht in Euer Idealbild von der DDR passen. (...)

So, wie der „RotFuchs“ sich im Moment darstellt, ist er für die mühsame tägliche politische Kleinarbeit nutzlos. (...)

Der „RotFuchs“ ist da absolut nicht hilfreich, der „Anstoß“ dagegen schon.

**Peter Harzer, Bad Liebenwerda**

Anmerkung der Redaktion:

Wir danken Gen. Harzer für seine kritischen Bemerkungen. Die thematische und gestalterische Unterschiedlichkeit von Kleinzeitungen der DKP, die einen differenzierten Leserkreis suchen und erreichen, trägt zur Vielfalt in der Einheit bei. Der „RotFuchs“, der bewußt kein Blatt der Tagesagitation sein will, hat vor allem wegen seiner Konzentration auf klärungsbedürftige politisch-ideologische Grundfragen landesweites Interesse gefunden.

\*\*\*

Sehr geehrte Damen und Herren, in der Überzeugung, daß ein nicht geringer Teil Ihrer Leser den großen Sänger und Schauspieler Ernst Busch nach wie vor verehrt, erlaubt sich der Freundeskreis Ernst-Busch e.V., Ihnen anbei seinen Veranstaltungsplan für das II. Halbjahr 1998 zu übermitteln, und Sie zu bitten, in Ihrem Blatt in geeigneter Form darauf aufmerksam zu machen. Unser Freundeskreis, der sich zusammenfand, als der Berliner Senat das Busch-Haus in der Pankower Leonhard-Frank-Straße schloß, bemüht sich, das Andenken Ernst Buschs auf vielfältige Weise zu pflegen. Leider lassen es unsere geringen Mittel nicht zu, bezahlte Anzeigen zu schalten, weshalb wir für Ihre freundliche Unterstützung besonders dankbar sind.

**Prof. Dr. Jürgen Elsner, Vorsitzender, Zepernick**

(siehe Seite 2 - d. Red.)

\*\*\*

Ich danke Euch für die regelmäßige Zusendung Eurer Zeitung, die ich mit großem Interesse von vorn bis hinten lese und auch regelmäßig an Freunde weiterreiche. Leider sind die Nummern 1 bis 5 auf diese Weise nicht mehr zu mir zurückgekehrt. Könnt Ihr mir diese Ausgaben nochmals zusenden, weil ich nach dem Studium des August-Heftes zu dem Entschluß gekommen bin, diese Zeitung für meine Enkel zu sammeln? Kürzer gefaßt können sie später wesentliche Wahrheiten nicht erfahren. Dazu angeregt haben mich vor allem die Beiträge „Castro in Grenada“, „Format und Augenmaß“ und „der Posten hieß Pato“. Ich wünsche Euch weiterhin viel Kraft und Erfolg und unversiegbaren Mut.

Anbei Briefmarken im Wert von 33 DM und vielen Dank im Voraus.

**Renate Hofmann, Strausberg**

\*\*\*

Wir danken Euch für die Übersendung der Zeitung „RotFuchs“, die wir sehr informativ finden und an der wir auch weiter interessiert sind. Wir wollen nicht in Eurer Portoschuld bleiben und legen 20 DM bei.

**Ilse und Gerhard Geisler, Berlin**

Die ständigen Entschuldigungen der PDS für geschichtliche Vorgänge bis 1989 gehen mir langsam über die Hutschnur. Erst für den 17. Juni 53 und jetzt schon wieder für den Einmarsch der Warschauer Vertragsstaaten 1968 in der CSSR. Die KPC und das tschechische Volk standen damals vor großen Prüfungen und Entscheidungen von historischer Tragweite. Wären die Streitkräfte der sozialistischen Länder im August 1968 nicht gewesen, hätte die Konterrevolution von 1989/90, was anderes war es nicht, schon vor 20 Jahren gesiegt. Haben sich CIA oder BND für Tausende von Toten während des chilenischen Putsches von 1973 entschuldigt? Von den ermordeten DDR-Grenzsoldaten ganz zu schweigen! Eins weiß ich schon: Am 7. Oktober 1999 folgt garantiert die nächste große PDS-Entschuldigung. 50 Jahre DDR sind dann der Grund. Mich wundert bei dieser Partei überhaupt nichts mehr. Nur schade um die ehrlichen Genossinnen und Genossen in der PDS, denen der Sozialismus wirklich noch etwas bedeutet. Wer so die Fahne nach dem Wind hängt, wer so zu Kreuze kriecht, der braucht sich nicht zu wundern, wenn am 27. September 98 viele ihre „Kreuze“ woanders machen! Und ich habe mir bis 95 für diese Partei noch die Hacken abgerannt. Ich glaube - ich muß mich bei Marx entschuldigen ...

P.S. Ich beglückwünsche Marta Rafael zu ihrem Entschluß, Mitglied der DKP geworden zu sein. Marta, bei uns bist Du in den richtigen Händen.

**Rolf Weinhold, Hoyerswerda**

\*\*\*

Daß ich Eure Zeitung gut finde, muß ich nicht besonders betonen, da ich dies Klaus schon gesagt habe. Nur sollte sie auch richtig frankiert werden, um uns und anderen eine Nachgebühr zu ersparen. Es ist gescheiter, die Porto-Kosten durch uns Empfänger von Fall zu Fall mit kleinen Spenden zu kompensieren, statt die Post per Nachgebühr zu fördern.

Weiterhin viel Erfolg!

**Friedrich Pospiech, Esslingen am Neckar**

\*\*\*

Herzlich möchte ich für die Übersendung des „RotFuchs“ danken und Euch zugleich zum anspruchsvollen Inhalt und der gelungenen Gestaltung der Zeitschrift gratulieren. Mit den Briefmarken (20 DM), die ich einlege, möchte ich Euch nur ein wenig unterstützen.

**Erika Correns, Eichwalde**

\*\*\*

Vor vier Monaten (!) beschloß der DKP-Parteitag, eine Kommission zur Auswertung der historischen Erfahrungen der DDR

und zur Vorbereitung einer Arbeitskonferenz anläßlich ihres 50. Jahrestages zu bilden. Frage: Hat sich die Kommission bereits konstituiert, wer leitet sie, welche Kompetenzen hat sie, wie sieht ihr Arbeitsprogramm aus?

Vorschlag: Die Arbeit der Kommission transparent zu machen, z.B. im „RotFuchs“ regelmäßig über den Stand ihrer Arbeit zu informieren, darunter auch über Beiträge, Hinweise, Vorschläge, die der Kommission zugehen. Wünschenswert wäre, frühzeitig Entwürfe der von der Kommission zu beschließenden Dokumente zu veröffentlichen und so zur Diskussion zu stellen.

Wichtig erschiene mir auch, thematisch zutreffende Beiträge aus der theoretisch fundierten Zeitschrift „Weißenseer Blätter“ des streitbaren Theologen und Marxisten Hanfried Müller einzubeziehen. In Heft 3/98 sind z.B. Aufsätze von Ulrich Huar (Wertgesetz und Sozialismus) und Walter Florath (Von Ulbricht zu Honecker) erschienen. Vielleicht wird die Kommission auch Wert darauf legen, diese Persönlichkeiten in die Arbeit einzubeziehen.

Anbei eine kleine Spende, damit es mit dem „RotFuchs“ vorwärtsght.

**Dr. sc. Gerhard Feldbauer, Rickenbach (Schwarzwald)**

*Bemerkung der Redaktion:*

*Der „RotFuchs“ ist nur eine Publikation der DKP-Gruppe Berlin Nordost und nicht des Parteivorstandes der DKP. Über die Tätigkeit der Kommission sollte vor allem in der UZ berichtet werden. Wir werden aber Genossen Wilfried Gerbig (Sachsen-Anhalt), Mitglied des PV und Vorsitzender der Kommission, nach deren Konstituierung um einen Beitrag bitten.*

\*\*\*

Herzlichen Dank für den „RotFuchs“, der diesmal besonders informativ ist, mögliche und nötige Diskussionen bereichert und den Genossen eine gute Grundlage für Argumente gibt. Insgesamt ist der „Rotfuchs“ ein qualitativ wachsendes Organ. Weiter so!

**Bruno Laub, Berlin**

\*\*\*

In aller Eile: Ganz herzlichen Dank und unsere besten Wünsche für den „RotFuchs“. Weiter so, trotz alledem! (Anbei eine kleine Spende von 20 Briefmarken)

**Inge und Hannes Bok, Dresden**

\*\*\*

Ganz herzlichen Dank für den „RotFuchs“, der mich nun zum zweiten Mal erreicht hat. Gratulation, daß Ihr die Zeitung regelmäßig herausbringt. Ich finde sehr interessante Beiträge. Meine Frage: Seid Ihr nicht zu

sehr in theoretischen und weniger in sozialen und kommunalpolitischen Themen verhaftet? Auf jeden Fall ist es gut, daß es den „RotFuchs“ gibt.

**Dr. Luitwin Bies, Völklingen, Saarland**

\*\*\*

Eine kleine Spende für die Veröffentlichung der Anzeige über unser Schloß!

Mit herzlichem Dank

**Marlies Kaltenbacher, Marxhagen, Mecklenburg-Vorpommern**

\*\*\*

Ungeachtet einiger negativer Erfahrungen, die es in der Vergangenheit mit dem Gratulieren zu Erfolgen gab: Glückwunsch zum neuen „RotFuchs“! Ich finde zwar, daß er sich von den vorhergegangenen Nummern in der Qualität gar nicht unterscheidet, aber er gefällt mir dieses Mal besonders gut. Von vorn bis hinten. Das liegt sicher nicht nur an der äußerst erfrischenden Wirkung, die die Beiträge haben - nachdem ich mir gerade den Stapel ND's aus zwei Urlaubswochen antun mußte. Besonders gefallen hat mir nach dieser Entschuldigungsorgie natürlich der dringend fällige, notwendige und äußerst treffende Artikel des Genossen v. Schnitzler! Der „Entschuldigungssatz“ von Hermann Kant paßt übrigens wunderbar dazu; ich hab mich köstlich amüsiert. Obwohl der Anlaß alles andere als amüsiert ist. Aber mag der Marsch der PDS-Führung in die völlige Unterwerfung unter die BRD-Staatsideologie auch nicht gebremst werden, so wird hoffentlich immer mehr Mitgliedern und Sympathisanten der PDS klar, wohin diese Politik führt. Auch den Beitrag „Wählen oder Nichtwählen“ von Ulrich Huar finde ich sehr gut. Der Geburtstagsartikel für Jeanne Stern war für uns besonders aufschlußreich. Wir kannten nämlich bisher nur ihren Beitrag zu dem Buch über Frauen, die für Spaniens Freiheit gekämpft haben, und den von Kurt aus den Erinnerungsbänden von Interbrigadisten. Von ihren Arbeiten gegen den Vietnamkrieg und all dem, was noch im „RotFuchs“ genannt ist, haben wir bisher nichts mitgekriegt - da könnt Ihr mal sehen, was uns Antiimperialisten im Westen alles entgangen ist.

Übrigens ist der „RotFuchs“ auch hier mit Nachgebühr angekommen. Ich habe der Postbotin sogar Trinkgeld gegeben, da sie nicht rausgeben konnte.

**Werner Hoppe, Hamburg**

\*\*\*

Die neue Ausgabe ist wieder hervorragend. Vielen Dank für die Belieferung.

**Hartwig Baumbach, Bargteheide, Schleswig-Holstein**



Habt vielen Dank für den 7. „RotFuchs“. Ich habe mich natürlich draufgestürzt, aber erst einmal mußte ich ihn mir „kaufen“. Nun hätte ich überhaupt nichts dagegen, wenn die 2,10 DM für „Fuchsfutter“ ausgegeben würden. Daß sich aber die marode Post daran bereichert, finde ich skandalös. Ich vermochte rein äußerlich keinen Unterschied zu früheren Sendungen festzustellen. Mir ist unklar, wie sie den Inhalt erkennen konnten.

**Gerda Klabuhn,  
JVA Berlin Reinickendorf**

\*\*\*

Vielen Dank für die Zusendung des „RotFuchs“. Anbei zwölf Briefmarken mit der Bitte um weitere Übermittlung.  
**Ursula Vogt, Regensburg**

\*\*\*

Wir bedanken uns herzlich für die Übersendung des „RotFuchs“, den wir stets mit großem Interesse lesen. Uns gefällt vor allem daran der klare Blick für die kapitalistische Wirklichkeit, die deutliche Sprache und die feste Verwurzelung in der DDR-Geschichte, die in vielen Artikeln zum Ausdruck kommen. So z.B. in Beiträgen Karl-Eduard von Schnitzlers und Rainer Ruppss sowie in „Frist, Frust und Frost“ von Klaus Steiniger. Man empfindet das, was in dem letztgenannten Artikel geschildert wird, doppelt stark, wenn man selbst schon einmal im Krankenhaus Pankow operiert wurde und in dem damals neuen Bettenhaus gelegen hat. Die Atmosphäre war natürlich eine ganz andere.

Wir warten schon auf das Erscheinen der nächsten Nummer, bedanken uns bei allen am „RotFuchs“ Beteiligten und legen 10 DM bei.

**Anny und Alfred Wagner, Berlin**

\*\*\*

Wie immer ist auch der „RotFuchs“ Nr. 7 ausgezeichnet, sicher das Verdienst sehr guter Autoren. K.-E. v. Schnitzlers „Entschuldigung!!!“ ist ganz wichtig für unsere politische Arbeit mit den PDS-Genossen. Eine Bemerkung zu dem Artikel „Volksvertreter und Volkszertreter“ auf S. 4. Was Friedrich Engels zugeschrieben wird, stammt von Karl Marx. Nachzulesen bei Lenin: „Staat und Revolution“, Kap. V. Dort heißt es: „Marx hat dieses Wesen der kapitalistischen Demokratie glänzend erfaßt, als er in seiner Analyse der Erfahrungen der Commune sagte: Den Unterdrückten wird in mehreren Jahren einmal gestattet, darüber zu entscheiden, welcher Vertreter der unterdrückenden Klasse sie im Parlament ver- oder zertreten soll.“ (Lenin, Werke, Bd. 25)

Am 27.9. hat das „Volk“ wieder die zu wäh-

len, die sie im Parlament ver- oder zertreten. Leider werden die „Zertreter“ eine große Mehrheit haben. Aber der Tag wird kommen, an dem sich das ändert - auch wenn wir das selbst nicht mehr erleben.

Anbei 20 DM.

**Gerhard Müller, Neubrandenburg**

*Bemerkung des Redakteurs:*

*Wir entschuldigen uns für den Fehlgriff, der beim Redigieren des Artikels des Genossen Kurt André geschah.*

\*\*\*

Es ist immer wieder eine Freude, den „RotFuchs“ zu lesen. Er gibt mir Ziel, Richtung und Denkanstöße in einer Zeit, in der die großen „Volks-(haha)-Parteien“ ihr Verwirrspiel treiben. Großartig und aufrichtend auch, daß der Humor nicht zu kurz

kommt. Obwohl die offizielle Politik eher zum Weinen ist, zeigt doch der „RotFuchs“, daß man auch lachen kann. Und wer lacht, hat den Kopf oben, ist optimistisch und der Zukunft zugewandt. Danke.

**Hannelore Gröschel, Berlin-Köpenick**

\*\*\*

Aus dem Monatsblatt „offensiv“ der PDS Hannover und Göttingen konnte ich entnehmen, daß die DKP-Gruppe Berlin Nordost die Zeitung „RotFuchs“ herausgibt. Einer meiner Bekannten ist von Eurem Blatt sehr angetan und hat es mir als sehr gut empfohlen. Ich lege diesem Brief 10 DM bei und bitte, mir entsprechende Probeexemplare zuzusenden. Ich bin ggf. auch an einem Abonnement interessiert. Ich bitte, mir die Bedingungen dafür zu nennen.

**Kurt Walther, Leipzig**

## DER DEUTSCHE IMPERIALISMUS VOM KAISERREICH BIS HEUTE

# ...UND MORGEN DIE GANZE WELT?

*Bestelladresse:*

**Hans-Beimler-Gesellschaft ·  
Antifaschismus & Ökonomie**

**Postfach 11 03 01 · 37048 Göttingen**

Bei Abnahme von mind. 10 Ex.

**30% Rabatt für Buchläden und WiederverkäuferInnen**

**Din A4 · 64 Seiten · 7,- DM plus PORTO**

# BROSCHÜRE

## Ein Korb voller Antworten Vom Wert der DDR

In unserer August-Ausgabe richteten wir drei Fragen an die Leser und baten um kurze Zuschriften.

Die Fragen lauteten:

Was war Euch an der DDR am wertvollsten?

Was fällt Euch bei den drei Buchstaben DDR als erstes ein?

Was ist Eure wichtigste persönliche Erinnerung an den ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat?

Aus einer Vielzahl von Einsendungen haben wir einige ausgewählt. Die Antworten sind unterschiedlich lang ausgefallen, was uns hier und dort zu Kürzungen zwang.

### Renate Hofmann, Strausberg

Zu eins:

Die Berufsbildungschancen meiner Kinder und die Qualität der Ausbildung

Zu zwei:

Ein Garant für Frieden in Europa und der Welt, die Völkerfreundschaft pflegend

Zu drei:

Die Freude an der beruflichen Arbeit 1954 bis 1990 als Lehrerin, als Leiterin einer Kreisschule für Marxismus-Leninismus, als Mitarbeiterin der Bezirksleitung und als Leiterin der Abteilung Kultur eines Kreises in komplizierter Zeit

### Karl Hertel, Dessau

Zu eins:

Ich wiederhole es tausendmal: Daß es die DDR gegeben hat.

Zu zwei:

Frieden, soziale Sicherheit und Perspektive für alle und nicht nur für einige Auserwählte.

Zu drei:

Der Fackelumzug in Berlin am 7. Oktober 1949. Die Demonstration der Jugend vor unserem ersten Arbeiterpräsidenten Wilhelm Pieck bleibt für mich ein unvergeßliches Erlebnis.

### Monika Kauf, Berlin-Friedrichshain

Zu eins:

Daß sie ein Land für und nicht gegen die Menschen war: Gleiche Chancen für alle, solidarisch, antifaschistisch, friedenserhaltend. Kurzum, die DDR war das Liebenswerteste an diesem Jahrhundert, wenn ich an Deutschland denke.

Zu zwei:

Ihre Kinderfreundlichkeit.

Zu drei:

Mein Vater, weil er nach zehn Jahren faschistischer Konzentrationslagerhaft den Traum von einem besseren Deutschland in der DDR mit verwirklichen konnte. Sein bescheidener Anteil daran, daß es nicht - wie im BRD-Deutschland - verordneten Antikommunismus gab und daß er dazu beitragen konnte, mich zu dem zu machen, was ich heute bin: Kommunistin und Antifaschistin.

### Gernot Bandur, Berlin-Weißensee

Zu eins:

Am wertvollsten war mir das aktive Eintreten der DDR für den Frieden und ihr Bestreben, eine

zur kapitalistischen BRD alternative ausbeutungsfreie Gesellschaftsordnung zu schaffen.

Zu zwei:

Von Anbeginn rang die DDR darum, eine deutsche und demokratische Republik zu sein. Neben ihren wirtschaftlichen Problemen bei schlechter Ausgangslage als in den Westzonen spielte wohl vor allem beim Scheitern eine Rolle, daß wir uns bewußt waren, mehr Demokratie (also Einbeziehung der Mehrheit der Menschen) nötig zu haben, aber nie wußten, wie wir es machen mußten. Darüber sollte weiter nachgedacht werden.

Zu drei:

Meine wichtigste persönliche Erinnerung an die DDR ist die von staatswegen oftmals über Gebühr vorhandene Fürsorgepflicht gegenüber den Bürgern (von der Schule über den Beruf bis ins Alter). So erhielt ein jeder bei entsprechendem eigenen Engagement eine gute und solide Ausbildung. Ein Arbeitsplatz war ihm sicher. Das wird heute am meisten vermißt.

### Erich Schreier, Röthenbach

Für mich war und ist die DDR die größte Errungenschaft der Arbeiterklasse nach 1945 gewesen und wird es auch bleiben. Gerade wir westdeutschen FDJ- und KPD-Mitglieder hätten uns doch für „unsere“ DDR zerreißen lassen!

Wegen meiner Kontakte in die DDR und wegen meines Eintretens für die Anerkennung der DDR wurde ich in der ach so freien BRD für insgesamt 33 Monate ins Gefängnis gesteckt. Im letzten Urteil des Landgerichts Düsseldorf hieß es, daß ich ein uneinsichtiger Gefolgsmann der SED sei, der mit gefährlicher Intelligenz deren verfassungsfeindliche Ziele vertritt und dafür gebührend bestraft werden müsse. Was hatte ich getan? Berichte für DDR-Zeitungen („Freies Wort“, „Suhl, Freiheit“, Halle, „Sächsische Zeitung“, Dresden) geschrieben. Fahrten von Arbeitern in die DDR organisiert und mich dafür eingesetzt, daß der DDR-Sport internationale Anerkennung fand. Es gab für uns keine Bewährung - wir mußten unsere Strafen absitzen. Und weil damals die DDR mit uns aktive Solidarität übte, ist es für mich eine Selbstverständlichkeit, heute mit den politischen Gefangenen aus der DDR - wie Heinz Keßler und Klaus-Dieter Baumgarten - solidarisch zu sein. (...) Die DDR - das war mein Leben, mein Vorbild für den politischen Kampf, den ich auch nach der „Wende“ nicht aufgegeben habe und für den ich in meiner Partei, der DKP, gute und aktive Mitstreiter besitze.

### Arno Fleischer, Berlin-Weißensee

Die DDR war das Beste, was in Deutschland nach dem II. Weltkrieg demokratisch geschaffen wurde. Ich selbst gehöre zum Jahrgang 1926, dem nichts erspart blieb. Nach meinem Hochschulstudium habe ich mich zehn Jahre als Wohnbezirksausschußvorsitzender der Nationalen Front wählen lassen, war 30 Jahre Vorsitzender einer Hausgemeinschaftsleitung und habe in weiteren ehrenamtlichen Funktionen für die DDR gearbeitet. Deshalb weiß ich, daß wir uns bei niemandem entschuldigen müssen. 50 Millionen Tote in zwei Weltkriegen waren Grund

genug, die DDR-Grenzen zu schützen. Übrigens: Ohne die Diktatur des Proletariats wäre diese demokratische Entwicklung nicht möglich gewesen. Sollten wir denn das Feld erneut den Banken und Kriegsgewinnlern, den großen und kleinen Nazis überlassen? Heute leben wir in einem Staat, in dem die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Eine gerechte Verteilung der Mittel aufgrund von Leistung und Moral ist unter der Herrschaft des Kapitals undenkbar.

### Willi Belz, Kassel

Meine wichtigste persönliche Erinnerung? Die Kundgebung zum Tag der Opfer des Faschismus am 8. September 1968 im Berliner Lustgarten. Ihren besonderen Charakter prägte das kurz zuvor erfolgte Eingreifen der Warschauer Vertragsstaaten in der CSSR zur Verhinderung einer Konterrevolution und zur Rettung des Friedens. Ich hatte die große Ehre, als Mitglied des Präsidiums der VVN der Bundesrepublik eine Gastansprache zu halten. Es war den Hörern nicht unbekannt, wie verschieden bis kraß ablehnend auch viele Engagierte für Frieden, Demokratie und Antifaschismus in Westdeutschland auf die Ereignisse reagierten, verwirrt durch Unkenntnis, Tatsachenverdrehung und Lügenhetze. (...) Ich glaubte knisternde Spannung hinter der Erwartung zu verspüren, als ich als Letzter an das Rednerpult trat. Es herrschte absolute Stille. Dahinter die Frage: Was wird der Sprecher der Bundesrepublik wohl sagen? Ich hatte fünf Minuten Zeit. Doch nach jedem Absatz gab es stürmischen Beifall, so daß zehn Minuten daraus wurden. Hier einige Kernsätze: „Sie wollen sicher hören, wie es angesichts der Ereignisse in der CSSR in den Köpfen unserer Bürger aussieht. Kurz gesagt: Sehr viele Leute wissen nicht, was sie reden, wem das nützt, und daß es ihnen nur selbst schadet. (...)“

Noch wird z.Z. erst von den wenigsten erkannt, daß das durch die Umstände erzwungene rechtzeitige Handeln der fünf sozialistischen Bruderstaaten der CSSR uns in der Bundesrepublik vor der durchaus möglichen Errichtung der Notstandsdictatur und einer neuen Kriegskatastrophe bewahrt hat. 1968 ist weder 1938 noch 1939". (...)

Es könnte sein, daß unter meinen damaligen Beifallsspendern auch einige heutige Hauptakteure der PDS waren, die sich jüngst für die Beteiligung der DDR am Schutz des Sozialismus in der CSSR reumütig entschuldigt haben. Wie das zu bewerten ist, dafür steht der brillante Beitrag von K.E. v. Schnitzler im letzten „RotFuchs“. Insofern dürfte mein Bericht von aktueller Bedeutung sein.

### RotFuchs im InterNet Bitte neue URL beachten!

Beiträge aus dem RotFuchs können abgerufen werden von der Homepage <http://www.jns.de/dkp-bltno/>

Beiträge, Meinungen und Fragen an die Redaktion können künftig auch per EMail an uns gesandt werden:

[Rotfuchs.dkp-berlinno@t-online.de](mailto:Rotfuchs.dkp-berlinno@t-online.de)

## Herzliche Glückwünsche

Unsere unermüdliche und treue Mitstreiterin - die Ärztin, Wissenschaftlerin, Internationalistin und Kommunistin

**PROF. DR.**

**ILSE EISEN-HAGEMANN**

begeht am 27. September 1998 ihren 70. Geburtstag. An diesem Wahltag muß sie für sich keine Wahl mehr treffen. Sie hat sich bereits vor fünf Jahrzehnten für den Klassenkampf der Arbeiter, für den wissenschaftlichen Sozialismus, für die kommunistische Sache entschieden. Gemeinsam mit ihrem Mann, unserem unvergessenen Genossen Dr. George Eisen, hat sie der DKP stets ihre Solidarität und Verbundenheit bekundet. Wir schätzen Iles Bescheidenheit und Liebenswürdigkeit, die mit Klarheit und Festigkeit gepaart ist. Herzlich gratuliert die Gruppe Nordost.

Am 19. Oktober begeht unsere liebe

**GENOSSIN MONIKA**

ihren Geburtstag. Die DKP übermittelt ihr die allerherzlichsten Wünsche für Gesundheit, Mut und persönliches Glück.

Besorgte Grüße und aufrichtige Wünsche für Genesung gehen ans Krankenbett unseres

**GENOSSEN WILLI ARMBRUST,**

der als langjähriger Parteiarbeiter und stellvertretender Minister sowie in anderen Bereichen Großes für den Aufbau des Sozialismus in der DDR geleistet hat. Gute Besserung, lieber Willi! Deine DKP Nordost

## IMPRESSUM

Herausgeber: DKP Berlin-Nordost

ViSdP.: Dr. Klaus Steiniger  
Teterower Ring 37  
12619 Berlin  
Tel. (030) 56 13 404

Layout: K. Uwe Langer

Ständige Mitarbeiter:

Lena und Kurt Andrä,  
Eberhard Bock, Dr. Sigmar Eßbach,  
Dr. Gerhard Feldbauer  
Arno Fleischer, Walter Florath,  
Wolfgang Metzger,  
Katrin Hellwig, Werner Hoppe,  
Prof. Dr. Eike Kopf  
Prof. Dr. Ulrich Huar,  
Rainer Rupp, Harry Schmitt,  
Karl-Eduard v. Schnitzler,  
Dr. Hartwig Strohschein,  
Dr. Roland Ulbricht

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

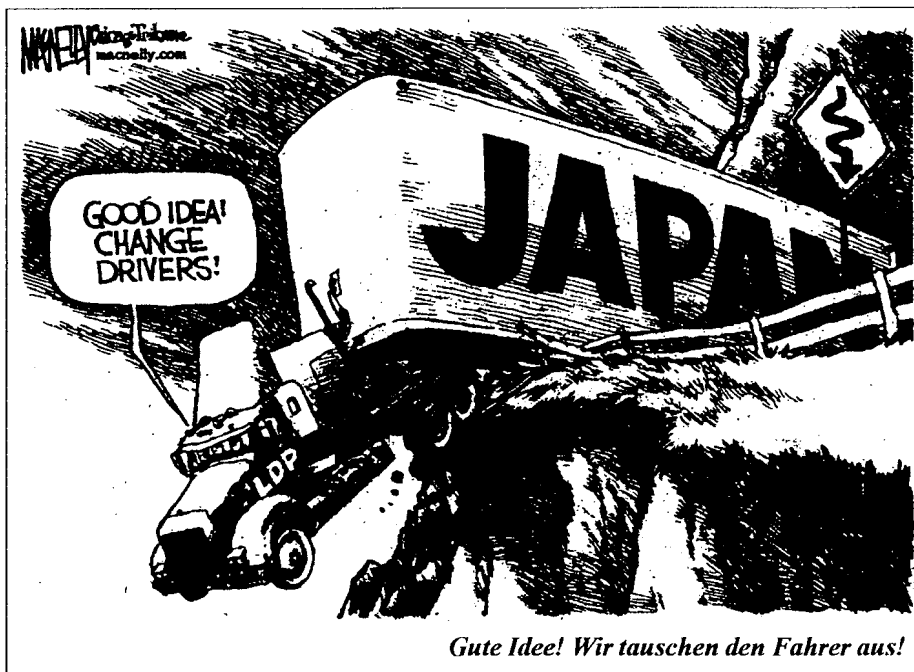
## TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Die DKP-Gruppe Nordost lädt für Dienstag, den 27. Oktober 1998 um 19.00 Uhr ins Haus am Franz-Mehring-Platz, Raum 306, zu einer öffentlichen Parteiveranstaltung ein.

Es spricht Genosse **WALTER FLORATH**

zu dem Geschichtsthema: **Als Parteisekretär in Großbetrieben**

Bis Ende Oktober ist die Ausstellung „Chile 1973 - Geschichte eines Putsches“ täglich von Sonntag bis Freitag zwischen 18.00 und 24.00 Uhr in der Galerie OLGA BENARIO, Eingang: Restaurant „Orlando“, Weserstr. 5, 12047 Berlin-Neukölln, geöffnet.



Gute Idee! Wir tauschen den Fahrer aus!

## Griff ins Portemonnaie

Diesmal hat der Briefträger bei vielen unserer Leser ins Portemonnaie gegriffen. Nachdem es monatelang - von Ausnahmen abgesehen - keine Beanstandungen gegeben hatte, wurde unsere Juli-Ausgabe leider in Hunderten von Fällen durch die Post mit Strafporto belegt, das die Empfänger zu tragen hatten. Das hat sie und uns hart getroffen. Bis auf eine Handvoll Annahmeverweigerungen - nur drei in einundderselben Stadt und Straße fanden wir verblüffend - haben unsere Leser den „verteuerten“ RotFuchs angenommen.

Obwohl das überstrapazierte Verb inzwischen aus gutem Grund bei Linken verpönt ist - wir entschuldigen uns dafür, daß wir einer falschen Auskunft gefolgt sind und die Zeitung unter Nichtbeachtung aller Kriterien für Buchersendungen verschickt haben.

Danken wollen wir allen, die den RotFuchs im wahrsten Sinne des Wortes mit Spenden und Briefmarken Monat für Monat am Leben erhalten. Diese Zeitung darf nicht untergehen. Sie ist für ihre Leser und Freunde in kurzer Zeit unverzichtbar geworden. Der Rotfuchs macht ihnen Mut. Sie brauchen ihn. Sie sind auf kommunistische Solidarität angewiesen. Da hilft jede Briefmarke, jede Mark ein Stück weiter.

Redaktion und Vertrieb wissen, daß sie sich auf eine rasch weiter wachsende Zahl treuer Leser und Kampfgefährten verlassen können. Deshalb nochmals - Entschuldigung!

Klaus Steiniger/Kurt Andrä



Bestseller aus aktuellem Anlaß!

Mit konkreten Hinweisen für Anpassung, Fortbewegung und Aufstieg! Trotz der enormen Nachfrage bei Rowohlt noch erhältlich.